

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M., im Voraus zahlbar. Für Vollbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 95 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober deren Raum kostet 5.- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Feuilletons Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 3,20 M. netto pro Zeile. Geschäfts-Belege in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Frankreich und der Abrüstungsvorschlag

### Die englisch-amerikanische Garantie

Utd.Tel. Paris, 13. Juli.

Bei den Erörterungen über den Konferenzvorschlag des Präsidenten Harding wird in amerikanischen Kreisen betont, daß der europäische Frieden im Jahre 1919 noch nicht gänzlich geschlossen worden sei. Zuerst habe Frankreich die Rheinlinie als gemeinsame Abwehrgrenze gegen neue Angriffsversuche Deutschlands betrachtet, wobei wohlverstandenweise diese Vorstichmaßregel rein militärischen Charakter haben sollte. Frankreich hatte auf eine englisch-amerikanische Garantie seiner Sicherheit gegen deutsche Angriffe, die ihm damals angeboten waren, gerechnet. Diese Garantie ist ihm aber doch tatsächlich nicht gewährt worden. Wenn die nach Washington einberufene Konferenz dieselbe wiederherstellen sollte, dann würde der europäische Friede endlich vollständig gesichert sein. Sodann werde man in eine nützliche Prüfung des Problems der Abrüstungen zu Lande eintreten können. Im gegenseitigen Falle wird Frankreich nach Mitteln suchen müssen, um seine Sicherheit genügend zu verteidigen, ohne in irgendeiner Weise den Frieden auf dem europäischen Kontinent dadurch zu erschüttern. Nicht weniger freimütig wird es dann an die Erörterung einer Beschränkung der Rüstungen zur See gehen können.

### Die Abrüstungskonferenz

Der erste November als Konferenztag

W. Washington, 13. Juli.

Präsident Hardings Abrüstungsvorschlag steht äußerst lebhaft im Mittelpunkt aller politischen Erörterungen, und die hoffnungsvollen Meinungen der maßgebenden Kreise über den Tag der Konferenz gehen dahin, daß diese zum 11. November, dem dritten Jahrestag des Waffenstillstandes, abgehalten werden wird. Der Zustimmung der eingeladenen Mächte ist man sich gewiß und man glaubt, daß wenn auch die verschiedenen Nationen in ihren einschlägigen Wünschen sich widersprechen werden, es doch zum Ausdruck eines Gesamt-Friedenswillens der Welt kommen werde.

EE. London, 13. Juli.

Die 'Times' wendet sich dagegen, daß Lloyd George und Lord Curzon die offiziellen Vertreter Englands auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz sein sollen und bemerkt, daß die Anwesenheit Lloyd Georges in England unbedingt notwendig sei und daß die Rolle, die er seinerzeit auf der Friedenskonferenz

spielte, nicht derart sei, den Vertretern anderer Mächte Vertrauen einzufößen. Auch die Erfolge Lord Curzons als Leiter des Foreign Office (Auswärtiges Amt) lassen diesen nicht als geeignet erscheinen, England in Washington zu vertreten. Man nennt Lord Gren, Viscount Chamberlain und Lord Bryce, den früheren englischen Botschafter in Washington, als die geeigneten Vertreter für diese Abrüstungskonferenz.

Auch das Pariser 'Journal des Debats' spricht sich gegen eine Vertretung Frankreichs auf dieser Konferenz durch Briand aus.

Japan hat die Einladung zur Konferenz von Washington angenommen, auch der italienische Außenminister hat, Blättermeldungen zufolge, die Einladung des Präsidenten Harding angenommen.

### Der Völkerbund und die Abrüstung

Paris, 13. Juli.

Die erste Versammlung der gemischten Kommission für die Einschränkung der Rüstungen, deren Schaffung die Völkerbundversammlung des Völkerbundes forderte, wird am 16. Juli in Paris unter Vorsitz Vivianis stattfinden.

### Die Sachlieferungen

Vor dem Abschluß eines Abkommens

Paris, 13. Juli.

Die deutschen und die französischen Vertreter, die in Paris über die Sachlieferungen verhandeln, haben heute in einer Rüstung ihre Beratungen fortgesetzt und vorläufig zu Ende geführt. Eine Anzahl von Einzelpunkten bleibt noch zu lösen. Sie sollen durch Staatssekretär Bergmann und Dr. Guggenheimer, welche nach Berlin reisen, mit den zuständigen Stellen erörtert werden. Es ist zu hoffen, daß in kurzer Zeit unter Zustimmung der Reparationskommission ein Abkommen zustande kommt.

Das zwischen den Sachverständigen der Reparationskommission und dem Reichskohlenrat vereinbarte Programm für die Lieferung der deutschen Kohle im August d. J. ist von der Reparationskommission genehmigt worden. Die Lieferungen belaufen sich für August auf 2.200.000 Tonnen.

Das Garantiekomitee wird über die seit seinem Zusammentritt durchgeführten Arbeiten, namentlich über die Berliner Verhandlungen mit der deutschen Regierung, der Reparationskommission Bericht erstatten.

für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einzutreten. Bei Herrn Bauer begreifen wir ja diese Sehnsucht, die seiner politischen Entwicklung ganz entspricht. Aber entspricht das auch der Politik der S. P. D.?

### Deutsch-dänische Verhandlungen

Kopenhagen, 13. Juli.

Im Verlaufe der deutsch-dänischen Verhandlungen, die am 23. Mai d. J. ihren Anfang genommen haben, sind sämtliche Fragen, die in dem beiderseits angenommenen Verhandlungsprogramm enthalten waren, besprochen worden. In Bezug auf eine größere Anzahl wesentlicher Punkte ist Einigung erzielt worden. Dieses gilt namentlich von der Regelung des auf dem Vertrag von Versailles beruhenden Optionrechtes, von der Ergänzung der Bestimmungen über erleichterte Passvorchriften im Verkehr der Grenzwohnort und über den sogenannten kleinen Grenzverkehr, ferner von der besonders wichtigen Regelung der Wasser- und Verkehrsverhältnisse an der Grenze. Ferner ist eine Kommission eingesetzt worden, welche die Vermögensauseinandersetzung öffentlich-rechtlicher Verbände (Kommunalverbände, Zweckverbände, kirchliche und wasserrechtliche Verbände, Landwirtschaftskammer und kriegswirtschaftliche Verbände) endgültig regeln soll. Ebenso ist ein Abkommen betr. die Sicherstellung des Grenzverkehrs, ferner ein Abkommen betr. Uebergabe der Katasterunterlagen, sowie je ein Abkommen über die Auseinandersetzung der Post-, der Telegraphen- und Fernsprechanlagen abgeschlossen worden. Für andere Verhandlungsgegenstände sind Entwürfe aufgestellt worden, die nächst der Prüfung unterliegen.

### Rahr drückt sich

München, 13. Juli.

Zur Ermordung des Abgeordneten Gareis tratte im Finanzausschuß des bayerischen Landtags auf eine Anfrage der Unabhängigen, wie sich die Staatsregierung zu einer Entschädigung der Witwe Gareis stelle, der Finanzminister mit: Für das Gesamtministerium könne er diese Frage nicht beantworten. Persönlich sei er aber der Auffassung, daß eine Parallele zwischen dem früheren Minister Auer, auf den seinerzeit im Landtag ein Attentat verübt wurde, und dem Abgeordneten Gareis nicht gezogen werden könne. Es sei fraglich, ob der Mordanschlag dem Abgeordneten gegolten habe, da die Tat noch völlig unauferklärt sei.

## Die Wiedergutmachung und die deutsche Politik

### 4. Die Besteuerung an der Quelle

B. H. Wir haben gesehen, daß die Erfüllung der Wiedergutmachungsleistung die Aufbringung einer Summe bedeutet, die jedenfalls über 60 Milliarden Papiermark hinausgeht. Denn erst wenn das Defizit der Betriebsverwaltungen von 10 Milliarden und die Zuschüsse für Bauten sowie Futter- und Lebensmittel-Verbilligung (1921 noch 14 Milliarden) verschwunden sein werden, wird diese Summe ausreichen, um die Verpflichtungen aus dem Ultimatum zu decken. Eine Verringerung dieser Summe würde nur eintreten, wenn eine Steigerung des Marktkurses erfolgt, weil dann die Goldmilliarden, die wir schulden, sich in einer geringeren Anzahl Papiermilliarden darstellen. Aber diese Steigerung des Marktkurses kann erst eintreten, wenn die Neuausgabe von Noten aufhört, wenn also die Steuern ausreichen, um die Ausgaben des Reichs leisten zu können. Es ist aber nicht richtig, wenn das Finanzministerium diese Steigerung des Marktkurses, die nur eine Folge der Steuerausbringung sein kann, zur Voraussetzung macht und den Reparations-Etat mit 40-45 Milliarden ansetzt statt mit mindestens 56,5 Milliarden, indem es eine Goldmark 10 statt 15 Papiermark gleichsetzt.

Auf jeden Fall aber handelt es sich um die Neuaufbringung einer Summe, die beinahe dem Betrag gleichkommt, den Deutschland im Frieden überhaupt für öffentliche Ausgaben aufgebracht hat. Es ist klar, daß hier die Quantität in die Qualität umschlägt, daß das Problem aufhört, ein solches der Steuerpolitik zu sein, und zu einem Problem der allgemeinen Wirtschaftspolitik wird.

Hat das Finanzministerium ein solches Wirtschaftsprogramm?

Die man die Staatsrede Dr. Wirths, so bekommt man den Eindruck, daß das Finanzministerium einfach den schönen und beliebten Grundsatz der Parität auf die Finanzen überträgt. Heißt es sonst „gleiche Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern“, so sagt das Finanzministerium, Gleichviel direkte und indirekte Steuern, und die steuerliche Gerechtigkeit ist erreicht. Noch mehr, es schlägt noch etwa 4% Prozent auf die direkte Besteuerung drauf und hat damit sogar noch zugunsten der breiten Massen Partei ergriffen.

Schon im Frieden durfte man mit den Begriffen der direkten oder indirekten Steuern nur sehr kritisch operieren. Nur soweit diese Unterscheidung mit der wirklich bedeutsamen von Steuern auf das Arbeitseinkommen oder auf den Mehrwert zusammenfiel, war die Annahme direkter und die Verwerfung indirekter Steuern richtig. Heute aber trifft die Einkommensteuer, also eine direkte Steuer, mit besonderer Wucht gerade das Arbeitseinkommen und macht diese Unterscheidung völlig undenkbar. Dazu kommt aber, daß der Zerfall der Zwangswirtschaft, der Prozeß der Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise, die Wirtschaftspolitik vor Entscheidungen stellt, die unmittelbar auf die Gestaltung der Steuerpolitik zurückwirken müssen und für die die Unterscheidung von direkter oder indirekter Steuerausbringung überhaupt nicht anwendbar ist.

Drittens ist aber klar, daß wir zu einer Steigerung und Rationalisierung unserer Produktion kommen müssen, um den Ertrag unserer Volkswirtschaft so weit zu steigern, daß nach einer gewissen Uebergangszeit unsere Verpflichtung aus dem Einkommen und nicht aus dem Vermögen, aus der 'Substanz' bestritten werden kann. Deshalb muß jede Steuerpolitik einer allgemeinen Wirtschafts- und insbesondere Produktionspolitik untergeordnet werden.

Zunächst eine Frage der Steuerethik, die aber von großer Bedeutung für das Steuerergebnis ist. Das klassische Land der Besteuerung vor dem Kriege war England, zugleich war England dasjenige Land, das die Besteuerung an der Quelle am weitesten entwickelt hatte. Das ist kein Zufall. Denn jede ausgiebige Besteuerung, die den einzelnen Steuerpflichtigen erfasst, hat zur Grundlage seine subjektiven Angaben über die Höhe seines Einkommens und seines Vermögens. Diese Angaben mögen mehr oder weniger genau nachkontrolliert werden können, sie bieten aber wegen des starken Interesses an der Steuerhinterziehung nie jene Sicherheit, die die steuerliche Erfassung der Werte an der Quelle und in dem Zeitpunkt, wo sie unmittelbar produziert werden, bietet. In Deutschland kam noch hinzu, daß die Besteuerung mit einem Schläge beträchtlich erhöht wurden, diese Erhöhung auf einen außerordentlich starken Widerstand der bestehenden Kreise stieß und die Steuerhinterziehung einen außerordentlichen Umfang erreichte. Eine Wiederherstellung der Steuermoral, vor allem aber eine wirkliche Erfassung des Besitzes ist nur möglich, wenn eine Stelle der Besteuerung der Subjekte die objektive Steuererhebung in möglichst großem Umfange tritt.

Der Grundsatz der Besteuerung an der Quelle ist für sich im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats bei der Beratung des Körperschaftsteuergesetzes einstimmig angenommen worden. In dem Bericht des Ausschusses wird dies folgendermaßen begründet:

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß das Steueraufkommen bei Durchführung dieses Grundsatzes auch bei gleichen Einkommensverhältnissen ein wesentlich größeres

### Minister, die nicht regieren

Haben wir einen Reichsminister des Innern? Irren wir nicht, so ist in der Ueberstärkung jener Ultimatumskrise Herr Dr. Gradnauer dazu ernannt worden? Aber seitdem ist von der Wirksamkeit eines Sozialisten — aber das wäre übertrieben — sagen wir also eines Demokraten und Republikaners in diesem Amte nichts zu merken. Herr Dr. Gradnauer hat es bis heute nicht einmal zugegeben, daß der Versprechen des Kabinetts, in kürzester Zeit den Belagerungszustand aufzuheben, zu erfüllen. Er wagt es nicht, an die Rohr-Regierung heranzugehen, ja, er getraut sich nicht einmal in Preußen den Ausnahmezustand zu beseitigen. Herr Stegerwald und sein Dominicus wünschen wenigstens in Ostpreußen und im Ransfeldischen sich jenes Mittel, mit dem jeder Esel regieren kann, zu erhalten, und der Wunsch der preussischen Reaktion scheint Herrn Dr. Gradnauer Befehl zu sein.

Noch mehr: Das Kommissariat für öffentliche Sicherheit produziert wieder Geheimberichte, in denen in Spitzelweise die ungeheuren Gefahren, die angeblich wieder einmal von Kommunisten drohen sollen — je kleiner diese Parteien, desto größer sind die Berichte geworden —, in erschrecklicher Weise geschildert werden, während über die wirklichen Gefahren, die von rechts drohen, kein Wort gesagt wird. Statt sochem Treiben entgegenzutreten, weiß Dr. Gradnauer nichts Klügeres zu tun, als diese Lageberichte weiter zu verbreiten. Im Ministerium registriert nach wie vor eben nicht der Minister, sondern der Staatssekretär aus Wilhelm's Zeiten. Sollen wir daran erinnern, wie diese Vertrauensseligkeit sich in den Kapptagen gerät hat? Und wäre es nicht an der Zeit, daß die sozialdemokratische Partei da zu dem Rechten sähe? Wir würden vorschlagen, daß vielleicht Herr Severing Dr. Gradnauer ein Privatissimum 'Wie werde ich energisch' liest, wenn wir nach den sächsischen Erfahrungen nicht von der Unbegabtheit des Schülers überzeugt wären.

Ueberhaupt wäre eine energischere Vertretung der Arbeiterinteressen durch die rechtssozialistischen Minister nicht nur in den politischen, sondern insbesondere auch in den wirtschaftlichen Fragen dringend notwendig. Es wäre sicher viel nützlicher, wenn z. B. der Schatzminister Bauer die Pläne des Wirtschaftsministeriums zur Erfassung der Goldwerte nachdrücklich förderte, statt, wie z. B. kürzlich in Magdeburg, auf einem Bezirkstag der S. P. D.

ist. Die lässige Erfassung auch höchster Einkommen erfordert die Rücksicht auf die Preiselohndeten und die Arbeitnehmerschaft, deren Einkommen im Gegenjah zu anderen Volksschichten heute bereits einer restlosen Besteuerung unterliegt. Bei der Körperschaftsteuer ist zudem von ausschlaggebender Bedeutung, daß durch Vollbesteuerung des Einkommens an der Quelle auch der Ausländer voll der Einkommensteuer unterworfen wird. Zahlreiche Gesellschaften sind heute schon überfremdet. Im Hinblick auf unsere Reparationsverpflichtungen tritt diese Überfremdungsgesfahr noch mehr in Erscheinung. Die in Vorschlag gebrachte Besteuerung steigert angesichts des in Deutschland angelegten Kapitalbestandes der Ausländer nicht nur den Gesamtsteuerertrag, sondern wendet bis zu einem gewissen Grade auch die Überfremdungsgesfahr ab. Ob sich in Anbetracht der politischen Verhältnisse ein solcher Steuerplan in späterer Zeit noch durchführen ließe, erscheint sehr zweifelhaft. Die Durchführung ist deshalb im jetzigen Zeitpunkt gegeben.

Es fragt sich, ob der Grundsatz, der hier aufgestellt wird, nicht viel allgemeinere Anwendung finden muß. Dann erfordert er unmittelbaren Anteil des Reiches an den Produktionsserträgen. Statt zu warten, bis der neu produzierte Wert auf vom Steuereinknehmer nicht zu kontrollierenden Wegen den ganzen Kreislauf zurückgelegt hat, bis er als Einkommensteil in einer Privatwirtschaft niederfällt, ist es außerordentlich leichter und vor allem sicherer, von dem entstehenden Produktionsertrag jenen Teil zu kürzen, der schließlich doch vom Staate mit Beschlag belegt werden muß. Das bedeutet aber die Beteiligung des Reiches an den Industrieunternehmungen. Bei den Unternehmungen, die bereits Gesellschaftsform haben (Aktiengesellschaften, G. m. b. H. usw.), würde der Staat diese Beteiligung erhalten, indem ihm Aktien oder Gesellschaftsanteile gratis ausgefolgt werden. Bei jeder Kapitalerhöhung würden diese Anteile des Staates in entsprechender Weise vermehrt werden. Für große Privatunternehmungen könnte ein Körperschaftszwang geschaffen werden, indem gesetzlich bestimmt wird, daß sie sich in Aktiengesellschaften oder Genossenschaften umwandeln müssen. Die Ausübung der Gesellschaftsform hätte dabei volkswirtschaftlich überwiegend Vorteile. Die Kleinindustrie könnte durch eine Ertrag- oder Gewerbesteuer ersetzt werden.

Diese Art des steuerlichen Aufbringens hätte außer dem Vorteil der Sicherheit noch den einer außerordentlichen Ersparung an Veranlagungs- und Kontrollkosten. Er würde all die verschiedenen Methoden, durch versteckte Reserven, allzu reichliche Abschreibungen und dergleichen der Steuererfassung zu entgehen, ihrer Bedeutung berauben, da der Staat als Anteilhaber schließlich an all diesen Reserven und ihren Ergebnissen in späteren Jahren beteiligt wäre. Schließlich würde der Fiskus auf diese Weise einen Besserungsschein auf die Volkswirtschaft erhalten, er würde an der fortschreitenden Entwicklung teilhaben.

Die direkte Beteiligung wäre auch bei der Landwirtschaft die wirksamste Art der Steuererhebung. Gerade deshalb entfalten ja die Agrarier gegen diesen Plan eine so starke Agitation. Das ändert natürlich gar nichts an der Tatsache, daß innerhalb eines Jahres die Preise aller landwirtschaftlichen Produkte auf Weltmarkthöhe angelangt sein werden, und daß damit die Steuerkraft der Landwirtschaft außerordentlich gesteigert wird. Will man diese in wirksamer Form nutzbar machen, so muß mit den bisherigen Methoden der Heranziehung, die einen Ertrag zugrunde legen, der hinter dem wirklich Erzielten um das Vielfache zurückbleibt, radikal ein Ende gemacht werden. Niemand verlangt, daß die Landwirtschaft stärker herangezogen werden soll als andere Schichten. Aber wenn die Industrie und noch mehr das Arbeitseinkommen nach ihrem wirklichen Ertrag erfasst werden, so kann der Landwirtschaft unmöglich das Privileg eines fiktiven, hinter der Wirklichkeit weit zurückbleibenden Ertrages eingeräumt werden, der der Steuerberechnung zugrunde gelegt wird. Die Erfassung der Landwirtschaft kann am sichersten geschehen durch eine Hypothek, die man auf die Grundstücke einträgt. Ihre Verzinsungsmöglichkeit kann, normale Wirtschaft vorausgesetzt, gar nicht zweifelhaft sein, weil das Wagnis auf den Weltmarktpreis die Erträge so erhöht, daß diese Zinsen aufgebracht werden können. Dies um so mehr, da während des Krieges im weiten Umfang eine Entschuldung der Landwirtschaft, eine Tilgung der Hypotheken eingeleitet ist.

Diese steuerliche Belastung der Landwirtschaft ist auch aus einem volkswirtschaftlichen Grunde außerordentlich notwendig. Bekanntlich ist eine sehr starke Abnahme der Intensität und damit ein Rückgang der Produktion eingetreten. Das Interesse der Landwirte, bei den gestiegenen Selbstkosten Uebererträge zu erzeugen, war gering, da diese Uebererträge nur zu einem ungewissen Teil zu den hohen Abschreibungspreisen, im übrigen aber zu den niedrigeren Abfließungspreisen verwertet wurden; werden aber die Preise Weltmarkthöhe erreichen, so bedeutet das, namentlich nach der eingetretenen Entschuldung, daß der Landwirt über ein verhältnismäßig hohes Einkommen trotz der geringen Produktion verfügt. Bei dem ziemlich konservativen Charakter in der Lebenshaltung der mittleren und kleineren Landwirte fehlt jeder Stachel zur Steigerung der Produktion. Die Rückkehr zu einer intensiveren Bewirtschaftung wird sich nur allmählich und langsam vollziehen, während unser stärkstes volkswirtschaftliches Interesse eine rasche Steigerung der Intensität verlangt. Wenn auf irgendeinem Gebiete, so wird gerade auf dem landwirtschaftlichen die Möglichkeit vorhanden sein, die steuerliche Belastung durch Verbesserung und Steigerung der Produktivität wettzumachen. Wird außerdem noch die Möglichkeit gegeben, die Hypothek rasch zu amortisieren oder zurückzahlen, so wird dieser Anreiz zur Produktionsverbesserung noch gestärkt. Es ist wirklich nur vornehmliche Interesse und nicht volkswirtschaftliches Interesse, das die Wildheit der Opposition gegen die Heranziehung der Landwirtschaft zu den Wiedergutmachungslasten verursacht.

### Sparfamkeit durch höhere Gewalt

Infolge der Forderungen der Interalliierten Kommission, die höheren Intendantenbeamten, das Zeugamtspersonal sowie die Zahmmeister auf die Zahl der 4000 Offizierstellen der Reichswehr anzurechnen, werden am 15. Juli aufs neue etwa 200 Offiziere aller Dienstgrade aus der Reichswehr entlassen. Wie immer, wenn die Reichswehr herabgesetzt werden mußte, so werden auch diesmal wieder die reaktionärsten Offiziere benutzigt. Unter den Entlassenen befinden sich keine Offiziere, die am Rapp-Busch beteiligt waren, wohl aber sind aus Anlaß dieser Umgruppierung eine Reihe berühmter Rappoffiziere — befördert worden. Aus dem Reichswehrministerium mußten Hundert Offiziere ausgeschieden; sie sind „in die Front“ versetzt worden. Die Verkleinerung des Reichswehrministeriums hat, wie in einem Korrespondenzartikel hervorgehoben wird, eine wesentliche Vereinfachung der Organisation des Reichswehrmini-

steriums notwendig gemacht. Das steht beinahe so aus, als ob die Vereinfachung der Verwaltung ein beklagenswerter Zustand sei. In Wirklichkeit war das Reichswehrministerium bisher, wie ein Zentrumsabgeordneter einmal ganz richtig im Reichstag sagte, die typische Ueberorganisation. Im Reichstag konnten sich die bürgerlichen Vertreter freilich nicht dazu bequem, diese Ueberorganisation auf das Maß des Notwendigen zu beschränken. Wenn es jetzt durch die Einwirkung einer höheren Gewalt geschehen muß, so hat das deutsche Volk sicher keinen Grund, darüber zu klagern. Charakteristisch ist aber, daß bei der Umorganisation des Reichswehrministeriums in erster Linie die eingearbeiteten Beamten entlassen und durch nicht fachmännisch gebildete Offiziere ersetzt werden.

### Die Erhöhung des Brotpreises Eine neue Belastung des Haushalts!

Es wird mitgeteilt, daß vom 15. August ab eine neue Regelung der Brotartenverteilung für Groß-Berlin eintritt. Die Zwangswirtschaft für Brot- und Getreide wird teilweise aufgehoben. Die bisherige Brotkarte wird weiter zur Verteilung kommen, aber das Brot, das auf diese Karte beim Bäcker zu haben ist, wird etwa 7,50 M. kosten. Die Reichsgroßbäckerei hat außerdem ein größeres Quantum markenfreies Brot freigegeben. Dadurch soll jedermann die Möglichkeit haben, zu erhöhtem Preise markenfreies Brot in genügenden Mengen kaufen zu können. Der Preis für das markenfreie Brot ist noch nicht genau festgelegt, doch soll es etwa 12—14 M. kosten. Ertrag für abhanden gekommene Brotarten soll nicht mehr geleistet werden.

Selbst wenn, wie versichert wird, das für das Markenbrot notwendige Mehl in genügender Menge sichergestellt worden ist, so bedeutet die neue Erhöhung des Brotpreises eine schwere Belastung des Haushalts der minderbemittelten Bevölkerung. Eine fünfköpfige Familie wird allein für Markenbrot 12,50 M. in der Woche mehr auszugeben haben als bisher. Da in der Regel das Markenbrot nicht ausreicht, so tritt durch den Zulauf markenfreien Brotes eine weitere Verteuerung des Haushalts ein. Es ist jedoch zu befürchten, daß es mit der Brotversorgung ebenso gehen wird wie bei der Aufhebung anderer Zweige der Zwangsbewirtschaftung, wie wir es besonders beim Fleisch erlebt haben. Man wird plötzlich überhaupt kein Markenbrot mehr bekommen, und die Bevölkerung wird gezwungen sein, markenfreies Brot in der dreifachen Höhe des bisherigen Preises zu kaufen. Das Umklappen hat ja überhaupt nur den Zweck, den Uebergang zur völligen Aufhebung der Getreidebewirtschaftung zu bilden. Tritt dieser Fall ein, ist die Bevölkerung gezwungen, nur markenfreies Brot zu kaufen, so beträgt die Mehrbelastung pro Kopf und Woche 7—9 M., bei einer fünfköpfigen Familie 35—45 M. die Woche.

Es steht außer Frage, daß die minderbemittelte Bevölkerung, besonders die in Lohn oder Gehalt stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten, diese Mehrbelastung nicht tragen kann. Die Gewerkschaften müssen daher jetzt schon alle Vorbereitungen treffen, um eine Erhöhung der Löhne und Gehälter durchzusetzen und so einen Ausgleich für die neue Teuerung zu schaffen. Ohne Kampf wird das nicht abgehen, die arbeitende Bevölkerung muß sich also dazu rüsten, den neuen Anschlag auf ihre Lebenshaltung in einmütiger Front abzuwehren. Die Regierung aber hat die Pflicht, die Unternehmer zu zwingen, den berechtigten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung nach Erhöhung ihres Einkommens bis zum Ausgleich der neuen Belastung Rechnung zu tragen!

### Kirche und Schule

Im Landtage kam es anlässlich einer großen Anfrage des Demokraten Hoff über den Entwurf des Reichshulgesetzes in Verbindung mit dem Entzuge unserer Fraktion, den Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen, zu einer recht interessanten Schuldebatte. Die treffenden Ausführungen des Genossen Holz sind bereits hier wiedergegeben worden. Sehr lehrreich waren aber auch die Reden der Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die beide über den Kurs, den die Rechtsparteien mit ihrer Schulpolitik steuern wollen, recht offenhertzige Ausführungen machten.

Der Deutschnationale Delze, seines Zeichens Studiendirektor, warf den sozialdemokratischen Parteien vor, sie riefen nach Freiheit, wenn sie in der Minderheit sind; wenn sie aber die Mehrheit hätten, wollten sie von der Freiheit der andern nichts wissen. Herr Delze scheint ein sehr kurzes Gedächtnis zu haben. Hat er wirklich vergessen, daß es in der Zeit, als die Konserwativen die uneingeschränkte Herrschaft in Preußen hatten, für die Volksschule und ihre Lehrer überhaupt keine Gewissensfreiheit gab? Weiz er nicht mehr von der wüsten Hege kirchlich interessierter Kreise, die sofort einschickte, wenn ein Lehrer auch nur in dem Verdacht stand, daß er sich innerlich von den überlieferten Anschauungen der Kirche freigegeben hätte?

Herr Delze bekannnte sich zu der Ansicht, daß es eine erfolgreiche Unterrichts- und Erziehungsarbeit ohne Religion nicht geben könne. Ja, er versetzte sich zu dem Befusstsein, daß ihm und seinen Freunden eine christliche Schule mit geringeren Leistungen lieber sei als eine religionslose Schule mit besseren Leistungen. Das ist, nur etwas vorsichtiger ausgedrückt, der allbekannte Standpunkt des hinterpommerschen Junkers, der immer der Ueberzeugung war, daß die Kinder, die am wenigsten gelernt haben, die willigsten Arbeitssklaven, die gehorsamsten Unterthanen werden.

In ähnlichem Sinne sprach sich der Volksparteiler Dr. Boeltz aus. „Christentum und Deutschtum gehören zusammen!“ Das war seiner Weisheit letzter Schluß. Sollte der Gymnasialdirektor Dr. Boeltz wirklich so wenig bewandert in der Kirchengeschichte sein, um nicht zu wissen, daß das Christentum dem deutschen Volke mit brutaler Gewalt aufgedrungen worden ist? Weiz er nicht von den furchtbaren Greueln der Religionskriege des Mittelalters? Sollte er wirklich nicht wissen, daß insbesondere die katholische Kirche ihre großen Erfolge nicht etwa dem Inhalt ihrer Lehre, sondern in erster Linie dem ausgezeichneten Organisationsstalent ihrer Diener und dem furchtbaren Glaubens- und Gewissenszwang zu verdanken hat? Aber wir wollen Herrn Dr. Boeltz auch einmal zustimmen: Christentum und Deutschtum gehören zusammen, nämlich für jeden, der, wie die Rechtsparteien, Deutschtum mit Nationalismus und Chauvinismus verwechselt.

Bei der Besprechung des Weimarer Schulkompromisses erklärte der Redner der Volkspartei, daß nach seiner Meinung ein Kompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie unmöglich sei. Das ist auch unsere Auffassung. Auch wir haben immer die Meinung vertreten, daß es zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gerade auf dem Gebiete des Schulwesens nur Kampf, allerhöchsten Kampf geben könne.

Was bei einer Koalition herauskommt, das sehen wir deutlich an dem unglückseligen Entwurf des Reichshulgesetzes, den wir mit aller Entschiedenheit ablehnen. Wir fordern, daß nun endlich die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt wird, die selbstverständlich auch eine reinliche Scheidung zwischen

Kirche und Schule im Gefolge haben muß. Der Entwurf des Reichshulgesetzes ist auf dem Wege zu diesem Ziele nicht ein Fortschritt, sondern ein Hindernis. Er darf darum nie Gesetz werden.

### Anträge zum Notetial

#### Orgeß — Ausnahmezustand — Internierungslager

Die Beratungen über den Notetial im preussischen Landtag werden Gelegenheit geben, den reaktionären Kurs der preussischen Regierung grundsätzlich zu beleuchten. Der Minister Dominicus, der im Hauptauschuß verhandelte, die Auslösung der Orgeß durchzuführen zu wollen, hat ein paar Tage darauf durch einen Erlaß das Weiterbestehen dieser illegalen militärischen Formationen geradezu begünstigt. Er ordnete lediglich an, die Verbindungen mit der zentralen Orgeßleitung zu lösen, im übrigen aber können die lokalen Verbände fortbestehen. Die Fraktion der U. S. P. D. hat deshalb folgenden Antrag eingebracht:

Der Minister des Innern hat seinen Erlaß vom 26. Juni 1921 zu rückzuziehen und ihn durch Anordnungen zu ersetzen, die die Auflösung der Orgeß und aller Organisationen bestimmen, die bisher mit ihr in Verbindung gestanden haben.

Gleichfalls hat der Minister des Innern die Pflicht strengste Anweisungen zu geben, die die Bildung und den Bestand organisatorischer Organisationen unmöglich machen. Als solche Organisationen sind insbesondere die Verbände anzusehen, die unter der Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft“ die Vorbereitungsarbeit für ungesetzliche militärische Formationen betreiben.

Ein ähnlicher Antrag liegt von der Fraktion der U. S. P. D. vor. Die preussische Regierung begünstigt aber nicht nur die Orgeß, sie hintertreibt im Dienste der Reaktion auch die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Folgender Antrag der U. S. P. D. wird die Regierung zwingen, Farbe zu bekennen:

Das Staatsministerium wird ersucht, von der Reichsregierung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Ostpreußen und den übrigen preussischen Provinzen zu fordern.

Ein ähnlicher Antrag ist von den Kommunisten und den Rechtssozialisten eingebracht. Die Öffentlichkeit wird lebhaft daran interessiert sein, ob Herr Dominicus im Plenum es wagen wird, die Märchen zu wiederholen, mit denen er vor allem die Notwendigkeit des Belagerungszustandes in Ostpreußen zu begründen versuchte. Die reaktionären Klauen der preussischen Regierung zeigen sich auch in der Frage der Ausländerbehandlung. An den Internierungslagern in Stargard und Stelow und an den idyllischen Zuständen, die dort herrschen, scheint sich die preussische Regierung darauf zu begeistern, daß sie jetzt im Sennelager ein neues Internierungslager errichten will, das die ostpreussischen Arbeiter aufnehmen soll, die während des Krieges auf Befehl der Obersten Heeresleitung ins Ruhrgebiet geschleppt worden sind und dort durch Hunger und Prügel gezwungen wurden, im deutschen Heeresinteresse zu arbeiten. Jetzt haben sie ihre Schuldigkeit getan, nun droht ihnen als Dank die Einperrung.

Diese Schmach kann nur verhindert werden, wenn die Internierungslager, ein schlimmes Ueberbleibsel aus der Kriegszeit, überhaupt aufgehoben werden. Ein gemeinsamer Antrag der U. S. P. D. und S. P. D., der diese Forderung erhebt, wird nicht nur die Regierung, sondern auch die bürgerlichen Parteien zwingen, das Bekenntnis abzulegen, ob sie für die Fortsetzung der Kriegsbarbarie oder für ihre Befreiung sind.

### Verhaftung einer

#### Kommunistischen Führerin

Auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten ist gestern Ruth Fischer, eine Führerin der Berliner Kommunisten, nach einer Betriebsverammlung des A. G. S. Werks Turbine verhaftet und ins Polizeipräsidentium eingeliefert worden. Offiziös wird dazu mitgeteilt, daß Ruth Fischer, die unter diesem Namen seit fast zwei Jahren in Berlin tätig ist, seit langen Monaten wegen verschiedener Straftaten gesucht werde. So soll sie bei einer Verammlung in der Hafendäme zur Befreiung der Heerführer Hindenburg und Ludendorff aufgefordert haben, und zwar wenige Tage, nachdem die Frau des Admirals Scheer unbekanntem Täter zum Opfer gefallen war.

Die Begründung für diese Verhaftung erscheint uns ebenso lächerlich wie die Verhaftung selbst. Die Berliner Polizei scheint wieder das Opfer eines Spiegels geworden zu sein, nun beißt sie nach dem Ohrgehör, den Kommunisten zu einer neuen Führerin zu verhelfen. Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, hat sich Genosse Emil Barth von der Berliner Gewerkschaftskommission bisher vergeblich bemüht, die Verhaftete wieder frei zu bekommen.

### Die „lässige“ Ausländerin

Das Polizeipräsidentium meldet: Von Beamten der Abteilung Ia (11) des Berliner Polizeipräsidenten wurde in Berlin eine Ausländerin namens Elise Friedländer verhaftet, die unter dem angenommenen Namen Ruth Fischer eine maßgebende Rolle in der Berliner kommunistischen Bewegung spielt. Bei der Festgenommenen wurden falsche Papiere auf den Namen Schmidt gefunden. Die Festnahme erfolgte gemäß den bestehenden Bestimmungen zu dem Zweck, um die Ausweisung der lässigen Ausländerin, die sich hier in radikaler Weise agitatorisch betätigt, durchzuführen. Vor ihrer Abschiebung wird noch die Frage eines etwaigen strafrechtlichen Einschreitens geprüft.

Nach dieser amtlichen Meldung scheint der Geist Puttkamers in das Polizeipräsidentium eingezogen zu sein. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir hinter dieser eigenartigen Verhaftung die leitende Hand des preussischen Innenministers erblicken.

### Entscheidung über Oberschlesien am 17. Juli?

11. Juli, 13. Juli.

Samt einem Funkentelegramm aus London meldet die „Zürcher Zeitung“, daß der Oberste Rat am 17. Juli zusammentritt, um in der oberschlesischen Frage die Entscheidung zu fällen. Der Teilungsplan des Grafen Sforza soll hierbei härtere Berücksichtigung finden. Der englische Standpunkt hat sich dem italienischen sehr genähert. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Vorbesprechungen unter den alliierten Mächten bereits zu einer endgültigen Verständigung geführt haben. Die Tagung des Obersten Rates wäre nach Ansicht der „Zürcher Zeitung“ nur noch eine Formalität.

Der nächste Parteitag der Kommunisten findet am 22. August in Jena statt. Die vorläufige Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Bericht vom 3. Kongreß der Kommunistischen Internationalen. 2. Bericht der Zentrale. a) Politischer Bericht. b) Geschäftsbericht. c) Bericht der Revisionskommission. 3. Die nächsten Aufgaben der Partei. 4. Anträge. 5. Neuwahlen. Gleichzeitig ladet auch die Zentrale der kommunistischen Jugend Deutschlands zu einem am 13. August in Halle beginnenden Reichskongreß ein.

# „Hilfe“ für die Gemeinden

Wie Reich und Staat befinden sich auch die Gemeinden in schwerer finanzieller Bedrängnis. Die Haupteinnahmequelle, die den Gemeinden in Form gemeindlicher Zuschläge zur Einkommensteuer zur Verfügung stand, ist ihnen genommen und damit der wesentlichste Teil der Selbstverwaltung, die in einer selbständigen Finanzgarantie lag. Die Gemeinden sind zu Kostenträgern des Reiches geworden. Die Verpflichtungen, die ihnen während des Krieges auferlegt wurden, gingen weit über den gemeindlichen Rahmen hinaus. Noch heute leuchten die Gemeinden unter den Folgen der Kriegszeit. Noch heute müssen sie große Aufwendungen machen für Zwecke, die Sache des Reiches und des Staates sind, ohne hierfür entsprechende Gegenleistungen zu erhalten. Nicht einmal die ausgelegten Gelder hat das Reich zurückgestellt.

In ihrer Not müssen die Gemeinden versuchen, neue Einnahmen zu schaffen, um nur die allerdingendsten Ausgaben bestreiten zu können. Die Etats der Gemeinden sind in der Hauptsache nur noch Verwaltungsaufgaben gewidmet. Und weil Reich und Staat alle möglichen und unmöglichen Steuerquellen erschöpfen, sind den Gemeinden auf dem Gebiete der Steuererhebung sehr enge Grenzen gezogen. Dabei steht besonders das Kommunalabgabengesetz hindern im Wege. Dieses Gesetz begrenzt die Gemeinden in der Steuererhebung. Es hat sich allseitig die Überzeugung ausgebreitet, daß dieses Kommunalabgabengesetz einer vollkommenen Umgestaltung bedarf, schon allein im Hinblick auf die veränderte Einkommensteuererhebung.

Und weil die Reichssteuererhebung dauernd im Flux ist, andererseits aber die Not der Gemeinden unerträglich geworden ist, hat die Regierung sich entschlossen, dem Landtage eine Reform des Kommunalabgabengesetzes vorzulegen, die die allernotwendigsten Änderungen enthalten soll, die heute möglich seien. Die Mittel, durch die den Gemeinden geholfen werden soll, sind sehr, sehr klein. Danach sollen die Gemeinden berechtigt sein, Gebühren für Verwaltungszwecke zu erheben; ferner soll das Recht der Gemeinden, eine Wohnungsluxussteuer für übergroße Wohnungen zu erheben, festgelegt werden, und sie sollen weiter das Recht bekommen, Arbeitgeber zu den Kosten für den Bau von kleinen Wohnungen heranzuziehen. Diese Bestimmungen haben im Ausschuß des Landtages erhebliche Beschränkungen erfahren. Die bürgerlichen Parteien brachten eine Flut von Anträgen ein, um zu verhindern, daß den Besitzenden allzu weh getan werden könnte. Durch die Festlegung der Genehmigungsorgane der Steuerordnung durch die Aufsichtsbehörden zwangen sie die Gemeinden in die Fesseln der Genehmigungsorgane. Und sie schufen ferner einen Haufen von Bestimmungen für die Inanspruchnahme des Verwaltungsweges.

Gestern überschütteten diese Parteien, denen die Ausschüsse noch nicht weit genug gingen, den Landtag mit einer neuen Flut von Anträgen, so daß verschiedene Redner erklärten, sich bald nicht mehr auskennen. Diese Art Gesetzesmacherie erinnerte an die Verhandlungen eines Vergnügungsvereins, der Statuten berät. Die Anträge der linken Seite des Hauses, welche die Rückzahlung der Realsteuer, insbesondere nach dem Gemeinwert, verlangt, wurden abgelehnt, weil die Grundstücksbesitzer zu hart betroffen werden können. Abgelehnt wurde auch, andere Materien in die Reform aufzunehmen, welche die Regierung außer Betracht gelassen hatte. Insbesondere meinten die bürgerlichen Vertreter, daß man man in diesem Augenblick an der Steuerfreiheit vieler vermögender Leute nicht rütteln dürfe, weil man das „so aus dem Handgeleir heraus“ nicht machen könne.

Mehr noch! In der gestrigen Sitzung des Landtages legten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei Anträge vor, nach denen vor Erlass bestimmter Steuern erst die zuständigen Berufsvertretungen gehört werden müßten. Unsere Genossen Freund und Leid wendeten sich gegen diese Mißhänderei und legten dar, daß diese Bestimmungen nur bezwecken und bezwecken sollen, Steuerordnungen unmöglich zu machen, die nicht gerade die letzten Schichten belasten. Das Genehmigungsrecht der Aufsichtsbehörde stehe im strikten Gegensatz zu der soviel gerühmten Selbstverwaltung der Gemeinden. Zudem handelten die Genehmigungsbehörden bei Genehmigung von Steuerordnungen autoritär, wie das Schicksal der Hausangestelltensteuer in Berlin beweise, wo das Ministerium eine Jahressteuer von 100 Mark für das Halten eines Hausangestellten für „zu hoch“ erachtet habe; 50 Mark seien genug. Das Schlimmste ist die Bestimmung, wonach die Wohnungsluxussteuer nicht höher sein darf als die Miete oder der Mietwert für den steuerpflichtigen Teil des besteuerten Wohnraums beträgt. Durch diese Bestimmung werden den Gemeinden die Hände gebunden, so daß die Wohnungsluxussteuer für die Gemeinden sehr fragwürdig wird. Für unsere Fraktion war diese Bestimmung so entscheidend, daß sie durch ihren Redner, Genossen Freund, erklären ließ, daß sie von ihrer Annahme die endgültige Entscheidung über das ganze Gesetz abhängig machen würde. Unser Antrag auf Streichung dieser Bestimmung wurde trotzdem abgelehnt.

Heute soll im Landtage die Entscheidung fallen. Die bürgerlichen Parteien bereiten neue Anträge vor, auch unsere Genossen werden noch einmal versuchen, dem Gesetz den schlimmsten Giftzahn auszuziehen. Wie das Gesetz heute geworden ist, kann von einer Hilfe für die Gemeinden nicht mehr geredet werden. Der einzige Effekt ist, daß man viel Paragraphen aufs Papier geschrieben und den Aufsichtsbehörden und den Verwaltungsgerichten neue Arbeit zugewiesen hat, aber die Gemeinden bekommen keine Mittel zur Lösung ihrer Aufgaben.

So zeigt sich selbst bei diesem kleinen Gesetz, daß die bürgerlichen Parteien es überall verstehen, ihr Klasseninteresse zu vertreten und ihre Klassengenossen vor allzuschärfen Eingriffen zu bewahren.

## Der Kleinwohnungsbau

### Beiträge für Baugenossenschaften steuerfrei

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Um einen Anreiz zum Bauen zu geben, ist durch den neuen Paragraphen 59 des Einkommensteuergesetzes (Novelle vom 24. März 1921, Reichsgesetzblatt Seite 313) vorgeesehen, daß Mittel, die für Kleinwohnungsbau verwendet werden, unter bestimmten Voraussetzungen vom Steuerbetrug abgesetzt werden können; nämlich einmal Mittel, die der Bauherr selbst verwendet, außerdem aber auch Zuwendungen an gemeinnützige Vereine und Gesellschaften zur Förderung des Kleinwohnungsbauwes, also auch die Beiträge zu den Arbeiter-Baugenossenschaften.

Die Ausführungsverordnung des Reichsministers der Finanzen, vom 12. Juni 1921, ändert in Art. 27 des Zentralblattes für das Deutsche Reich, Seite 506, behnt

diese Vergünstigung auch auf Zuwendungen aus, die in den Jahren 1920 bis einschließlich 1923 an Länder, inländische Gemeinden (Gemeinverbände) oder öffentlich genehmigte inländische Stiftungen zum Zwecke der Förderung des Kleinwohnungsbauwes gemacht werden. Sie befreit außerdem derartige Zuwendungen von der Erbschaft- oder Schenkungssteuer.

Die Verordnung bestimmt ferner, unter welchen Voraussetzungen Baugenossenschaften und Gesellschaften als gemeinnützig im Sinne des § 50 Abs. 1 b des Einkommensteuergesetzes anzuerkennen sind. Diese Anerkennung ist auszusprechen, wenn die Baugenossenschaft oder Gesellschaft eine Bescheinigung der zuständigen Reichs- oder Landesbehörde darüber bringt, daß sie von dieser Behörde als gemeinnützig im Sinne des Reichs- oder Landesrechtlicher Vorschriften zur Förderung des Wohnungs- und Kleinwohnungswesens anerkannt worden ist. Wird eine solche Bescheinigung nicht vorgelegt, so müssen gewisse, in der Verordnung näher bezeichnete Bedingungen erfüllt werden, die den gemeinnützigen Zweck der Baugenossenschaft einwandfrei erkennen lassen. Die Baugenossenschaft oder Gesellschaft muß aber zwei Verpflichtungen auf sich nehmen. Einmal muß sie die Einkommensteuer, welche auf die ihr zugewendeten, von dem Geber nicht vertheuerten Beiträge entfällt, an die Reichs- oder Landesbehörde abführen, sobald vor dem 1. Januar 1922 die Anerkennung als Baugenossenschaft oder Gesellschaft im Sinne des § 50 des Einkommensteuergesetzes rechtskräftig zurückerlangt worden ist. Außerdem muß die Baugenossenschaft oder Gesellschaft die von der Regierung der vorerwähnten Artung entsprechend einbehalten worden war. Von allen Seiten wurde der Wunsch geäußert, die staatlichen Siedlungskredite über die Regierungsverwaltung hinaus noch wesentlich zu erhöhen. Eine abschließende Änderung der Regierungsvorlage in dieser Hinsicht erschien der Mehrheit des Ausschusses nicht als zweckmäßig, weil dann möglicherweise die Zustimmung des Staatsrates notwendig und dadurch das Gesetz verzögert werden würde. Der Ausschuß stimmte daher der Regierungsvorlage zu und nahm gleichzeitig eine Entschließung an, die die Regierung ersucht, dem Landtage alsbald nach seinem Wiederzusammentritt eine Vorlage zu unterbreiten, durch die zur Förderung der Ansiedlung weiterer Staatsgebiete zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Baugenossenschaften werden sich mit dieser Angelegenheit befassen müssen.

Der Siedlungsausschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag mit dem demokratischen Antrag auf Erhöhung der staatlichen Siedlungskredite zur Ermöglichung einer großartigen Siedlungstätigkeit und mit der Vorlage auf Bewilligung von 300 Millionen Mark neue Siedlungskredite, die von der Regierung der vorerwähnten Artung entsprechend einbehalten worden war. Von allen Seiten wurde der Wunsch geäußert, die staatlichen Siedlungskredite über die Regierungsverwaltung hinaus noch wesentlich zu erhöhen. Eine abschließende Änderung der Regierungsvorlage in dieser Hinsicht erschien der Mehrheit des Ausschusses nicht als zweckmäßig, weil dann möglicherweise die Zustimmung des Staatsrates notwendig und dadurch das Gesetz verzögert werden würde. Der Ausschuß stimmte daher der Regierungsvorlage zu und nahm gleichzeitig eine Entschließung an, die die Regierung ersucht, dem Landtage alsbald nach seinem Wiederzusammentritt eine Vorlage zu unterbreiten, durch die zur Förderung der Ansiedlung weiterer Staatsgebiete zur Verfügung gestellt werden sollen.

## Die Fälschungen der „Roten Fahne“

Genosse Breitheid schreibt uns: Die auf einer plumpen Fälschung meiner Reichstagsrede vom 1. 7. erappte „Rote Fahne“ verfolgt, um sich herauszureißen, die Methode, mich des Veröbrechens zu zeihen, dessen ich sie überführt habe. Zu diesem Zweck fügt sie zu der ersten Lüge eine zweite. Sie hatte benanntlich zunächst behauptet, ich hätte gesagt: „Der Redner der Deutschen Volkspartei meint, die Arbeiter-schaft wolle die Regierung kürzen. . . Wir denken nicht daran, in der Regierung sehen wir die Verkörperung der Demokratie und des Republikanismus.“

Ich hatte durch Wiedergabe des stenographischen Berichts den Nachweis erbracht, daß meine Worte ganz anders gelaute haben, und daß ich in direktem Gegensatz zu der Darstellung der „Roten Fahne“ ausgeführt habe, die Arbeiterschaft werde nicht zu der Verteidigung der gegenwärtigen Regierung, wohl aber zur Überwindung von nationalistischen Geistes alles tun, was in ihren Kräften stehe.

Das kommunistische Organ will sich nun damit heraustreten, daß ich an einer anderen Stelle meiner Rede die von ihm zitierten Äußerungen gemacht habe. Es läßt mich logen:

„Sie stürmen gegen die Regierung wegen ihres aufrichtigen Bekenntnisses zur Demokratie und zum Republikanismus an, der in dieser Richtung veröbort ist.“

Wäre dieses Zitat richtig, so würde es auch noch nicht als eine Aufforderung zur Unterstützung dieser Regierung ausgelegt werden können, da uns Sozialisten das Bekenntnis zur Demokratie und zum Republikanismus nicht genügt. Tatsächlich aber zitiert die „Rote Fahne“ wieder falsch. Ich habe gesagt:

„Das einzige, was wir hervorheben, ist eher das, daß die Politik derjenigen, die der Regierung mit mehr oder weniger ungeschliffenen Worten Landesverrat vorwerfen, tatsächlich daraus hinausläuft, dem Chauvinismus der Entente immer neue Vorwände zu liefern. (Sehr wahr bei U. S. P. und Kommunisten.) Meine Damen und Herren, wir kennen ja die Absicht, die dahinter steht. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Sie stürmen gegen die Regierung an wegen ihres Bekenntnisses zur Demokratie und zum Republikanismus. Ihnen wäre nichts lieber, als durch eine logenante nationale Parole Erzeugung in die minderbegabten Kreise der Bevölkerung zu tragen. (Zustimmung links.) Sie wollen hinter der Kulisse Oberstleuten und hinter der Kulisse der Sanktionen ihre Angst davor verbergen, daß Sie Ihren Patriotismus endlich auch einmal in Wort und Tünn auf den Tisch des Hauses legen müssen.“ (Lebhafte Zustimmung links, Gegenrufe rechts.)

Wo steht da etwas von der Unterstützung der Regierung? Jedem muß es klar sein, daß ich in diesem Zusammenhang die Ansichten der Rechten über die Politik des Kabinetts Witth in den Vordergrund stellte und daraus meine Schlüsse über die wahren Absichten der Reaktionen zog. Im übrigen leugne ich nicht, daß ich das Bekenntnis Witth zur Demokratie und zur Republik für ehrlich halte, aber das Bekenntnis an sich genügt nicht, und ich wiederhole, daß, wenn aus ihm nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen würden, eine solche Politik nicht ausreichen könnte, um mich oder die U. S. P. zur unbedingten Unterstützung der Regierung zu veranlassen.

## Die Verleumder

Im Deutschen Zeitungsdiens hat vor einiger Zeit der Herausgeber der nationalliberalen Korrespondenz, Eduard Spick, einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wurde, daß die Nazisisten Hellmut von Gerlach und Professor Nicolai in unmittelbarer Verbindung mit Mitgliedern der französischen und englischen Ueberwachungskommission in Berlin gestanden, daß sie diesen Offizieren für hohe Summen Material gegen deutsche Behörden geliefert und daß sie für ihre passivistische Werbetätigkeit Unterstützungen von mehreren Millionen Franken erhalten hätten. Soweit es sich um Herrn v. Gerlach handelte, hatte Spick seine Anschuldigungen öffentlich zurückgenommen. Nunmehr hat Professor Nicolai gegen Spick Strafantrag wegen Verleumdung gestellt, desgleichen gegen die Redakteure zweier Provinzialblätter, welche den fraglichen Artikel abgedruckt hatten.

Das preussische Bedammengesetz. Der preussische Bedammengesetzentwurf ist, wie die P. P. hören, dem Staatsrat zugewandt, nachdem ihm das Staatsministerium zugestimmt hat, der Staatsrat hat ihn seinem Gemeindefuß übermiesen, in dessen erster Sitzung bereits eine informatorische Besprechung des Entwurfs stattgefunden hat.

## Die aufgefrischte Heimatländienst-Zentrale

In der Reichstagsstimmung vom 4. Juli wurde u. a. ein Ausbau der Zentrale für Heimatländienst verlangt. Besonders war es der Rechtssozialist Sölkemann, der diesen Standpunkt vertrat. Ebenso wie während des Krieges der Pressebericht für die Armee „Aufklärungsarbeit“ getrieben habe, sei anzuerkennen, daß man „in den Zeitaltern, in denen wir nun einmal sind, ein Instrument, das sich mit geistigen Waffen gegen den gewaltigen Ansturm der rechtmäßigen, vom Parlament beschlossenen Verfassung wehrt, schlecht entbehren kann.“ Man solle einen parlamentarischen Beirat berufen, der die Kontrolle dieser Einrichtung ausübt. Mit allem Nachdruck betonte unsere Genossin Wurm gegen diesen feinen Plan des Umbaus der Zentrale für Heimatländienst: „Wir wollen keine öffentliche Pressestelle, die stets nur im Auftrag der herrschenden Klassen arbeitet. Niemand wird die Mehrheit der Bevölkerung gefragt, ob sie mit dieser Presse-Beaufschlagung einverstanden ist, sondern tatsächlich leitet diese Stelle der Pressechef, der wiederum unter der direkten Einwirkung der Regierung steht.“ — Genosse Rosenfeld nahm Anlaß, den Herren zu sagen, was sie unter „allgemeinem Staatsinteresse, das über die Parteien hinausgeht“, verstehen, indem er ausführte:

„Ich brauche doch nur auf die Geschichte der Konserwativen und Deutschnationalen Partei zu verweisen, die doch hinsichtlich bekannt ist und die klar ergibt, daß gerade die konserwative Partei bei allen Konflikten zwischen Partei und Vaterland, wie Sie gesagt haben, das Parteinteresse immer hat ausschlaggebend sein lassen. Sie haben das Vaterland doch immer als die veröberrte konserwative Partei aufgefaßt.“

Und er fügte einige Sätze später hinzu: „Wenn Sie sich mit der Zentralfeste adjuzieren beginnen, so doch nur deshalb, weil Sie wissen, daß diese Zentralfeste, wenn Sie an der Regierung sind, unter dem Namen des „Ueberparteilichen“ Ihre Interessen wahrnehmen wird.“

Weshalb die Rechtssozialisten für die Aufrechterhaltung der Zentralfeste für Heimatländienst eintraten, liegen die Ausführungen Cremers deutlich erkennen. Er wies daraufhin, daß von 35 000 Vertrauensleuten der Zentralfeste 27 000 der rechtssozialistischen Partei angehören, worauf der rechtssozialistische Redner Sölkemann, der nicht ein Wort des Einwands gegen diese Feststellung wagte, Herrn Cremer mit der schmeichelnenden Bemerkung quittierte, daß auch er ein solches „Aufklärungsinstinkt“ wünsche. Warum sollen es also die Rechtssozialisten nicht wünschen?

Inzwischen ist der Antrag auf „Umbau“ der Zentralfeste vom Reichstag angenommen und schneller als zu erwarten war, hat sich das Waffenstillstandsangebot der Deutschnationalen, das in der Debatte Herr Wurm m. d. g. b. angeboten hatte, das, was Genosse Rosenfeld lastlos hätte demerite, obendrein bedingungslos erfolgte, in treudeutschnational-vollparteilich-rechtssozialistische Waffenbrüderschaft in der „Aufklärungs“-Arbeit „umgebaut“.

Die neueste Nummer des „Heimatländendienstes“ bringt bereits einen Artikel des Pfarrers Wurm, der sich gegen die Zwangsarbeit wendet. Neben ihm tritt auch der hauerbündlerische Abgeordnete Dr. Böhm auf den Plan, um ebenfalls ein Kapitel auf die „freie“ Wirtschaft zu legen, bei der dem Schleichhandel das Genid gebrochen und die bisher ihm zugeflossenen Tribute nunmehr den Agrariern zugesührt werden. Damit jedoch das Gleichgewicht hergestellt wird, marschieren in derselben Nummer auch unter den „nambhaften Vertretern“ der sogenannten Erzeuger- und Verbraucherseite, wie die Verfasser dieser Artikelseite genannt werden, zwei Rechtssozialisten auf: der unermüdliche Herr Staatssekretär Dr. August Müller und der Vorsitzende des Landarbeiter-Verbandes Georg Schmidt. Sind die ersten beiden Anhänger der Festhaltung der „freien“ Wirtschaft, so der letzte Vertreter des Abbaus der Zwangswirtschaft. Der Unterschied der Auffassungen beider liegt im Grunde nur in ihrer Ausdrucksweise.

Doch die Hauptsache ist: der Waffenstillstand trägt seine Früchte. Die Agrarier machen sich lustig über die schönen Notalprezedenz, daß sie nun aber auch, nachdem der Reichstag ihnen den Raub auf die Taschen des Volkes in so ausgiebigem Maße gestattet habe, wenigstens die paar Körner Umlagegetreide prompt und willig abliefern möchten. Es lebe die Zentralfeste für Heimatländienst! Es lebe die „Aufklärungs“-Arbeit, wie Sölkemann sie auffaßt! So zu jubeln, haben alle die einen Anlaß, die nicht milde werden können, das Volk auszuländern. Wie lange wohl die rechtssozialistischen Arbeiter zu diesem bösen Spiel gute Miene machen werden.

## Die Vorgänge bei der Altfeder-Bewertungsstelle

Zwei Herren aus der Altfeder-Bewertungsstelle hatten uns eine Berichtigung zugesandt, worin behauptet wurde, daß die Mitteilungen unserer Sonntagsausgabe nicht den Tatsachen entsprächen. Dazu wird uns von dem gemäßigtesten Angestellten der Altfeder-Bewertungsstelle folgendes mitgeteilt:

„Wir wir aus Ihrem Blatte erfahren haben, veröffentlichten Sie einen Ihnen nicht von unserer Seite mitgeteilten Auszug aus unserer Situationsanzeige gegen die Geschäftsleitung der Altfeder-Bewertungsstelle, den wir in allen seinen Teilen auch heute noch den Tatsachen und der Sachlage entsprechend berücksichtigen müssen. Das wird besonders einwandfrei dadurch bestätigt, daß der Direktor der Altfeder-Bewertungsstelle, Wornhol, in unserer Gegenwart an amtlicher Stelle die mündliche Erklärung abgab, daß bereits im Frühjahr dieses Jahres die Gesetze eines Konturjes der Altfeder-Bewertungsstelle bestanden habe. Die Berichtigung der beiden Angestellten der Altfeder-Bewertungsstelle widerspricht also den tatsächlichen Verhältnissen. Wir sind jederzeit in der Lage, unsere Angaben durch Unterlagen zu bekräftigen. Wir bemerken noch, daß infolge unserer Situationsanzeige bereits am 5. Juli Zeugenvernehmungen beim Amtsgericht Charlottenburg stattgefunden haben.“

Die durch unsere Mitteilungen getrockneten Personen mögen also den weiteren Gang des Prozesses abwarten, der hoffentlich volle Klarheit bringen wird. Inzwischen behalten wir uns aber vor, noch weiteres Material zu veröffentlichen, um zu zeigen, wie die Deffenlichkeit in dieser Sache irreführt werden soll.

## Flachsmann als Erzieher

Der Leiter des städtischen Vöyziums in Nordhausen, Dr. B. Bohnecke, hat in einer öffentlichen Versammlung zu Nordhausen in der ersten Hälfte des Mai 1921 erklärt, er betrachte es als seine erste Aufgabe, den Kindern das gegen andere Völker einzuföhren; dadurch wolle er helfen, den nächsten Krieg vorzubereiten. Vor den Wahlen zum Landtag hat Herr Dr. Bohnecke in mehreren öffentlichen Versammlungen erklärt, daß es eine seiner weiteren Aufgaben sei, die Republik zu bekämpfen und die Autorität der republikanischen Regierung zu untergraben. Herr Dr. Bohnecke behauptet auch ständig „autoritäre Stellung im Unterricht am Vöyzium zur politischen Propaganda gegen Republik und die Demokratie.“

Die Genossen Kleinspehn, Dr. Cohn und Holz haben diese Tatsachen in einer kleinen Anfrage dem Preussischen Staatsministerium mitgeteilt und wünschen Auskunft darüber, was die Regierung im Interesse der Republik und der Schuljugend zu tun gedenkt, um den Lehrer zur Erfüllung seiner Pflichten als Erzieher und Staatsbeamter anzuhelfen.

Die portugiesische neue Kammer. Wie aus Lissabon gemeldet wird, sei sich die neue Kammer wie folgt zusammen: Die Anhänger der Regierung haben 65, die Demokraten 57, die Konserwativen 5 und die Katholiken 2 Sitze im Parlament. Außerdem sind in der Kammer noch fünf andere Gruppen. Das Parlament wird Anfang August zusammentreten.

# HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse **REISEBÜRO** am Dönhoffplatz  
 Vertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros und der Mitropo  
 Amlicher Fahrkarten-Verkauf  
 Eisenbahn-Fahrkarten, Bett- und Packtaschen ohne jeden Ausschlag, Schlafab  
 scheine für alle Dampfer, Reis- und Musterkollektion-Verseicherung

Leipziger Strasse - Alexanderplatz

- Neue Kartoffeln** grosse Pfd. **1<sup>10</sup>**  
**Weisskohl** Pfd. **40 Pf.**  
 Landleberwurst Pfd. **11<sup>00</sup>**  
 Sülzwurst Pfd. **10<sup>50</sup>**  
 Grobe Mettwurst Pfd. **16<sup>50</sup>**  
 Rindfleisch im eigenen Saß... Dose **4<sup>75</sup>**  
 Marmelade ca. 40% Zucker Pfd. **1<sup>40</sup>**  
 Harzer Käse Pfd. **6<sup>50</sup>**  
 Limburger Käse Pfd. **9<sup>50</sup>**  
 Camembert ... Schachtel **2<sup>95</sup>**  
 Rotbars geräucher... Pfd. **2<sup>50</sup>**

## Frisches Fleisch

- Schmorfleisch** ohne Knochen, Pfd. **12<sup>00</sup>**  
**Schabefleisch** Pfd. **12<sup>00</sup>**  
**Gehacktes Rindfleisch** Pfd. **10<sup>00</sup>**  
**Hammelfleisch** Pfd. **11<sup>00</sup>**  
**Kalbskamm** Pfd. **9<sup>00</sup>**  
**Kalbskeulen** Pfd. **10<sup>50</sup>**  
**Rinderkamm** geroren Pfd. **8<sup>00</sup>**

- Cabliau** in ganzen, ohne Kopf, Pfd. **1<sup>40</sup>**  
**Gefr. Kaninchen** ohne Kopf und Füße Pfd. **3<sup>90</sup>**  
 Ausgel. Rindertalg Pfd. **6<sup>75</sup>**  
 Bratfett Pfd. **9<sup>25</sup>**  
 Corned beef ausgewogen Pfd. **7<sup>20</sup>**  
 Gebr. Kaffee täglich frisch, aus eigener Rösterei Pfd. **18<sup>00</sup>**  
 Goldbars frisch, ohne Kopf Pfd. **95 Pf.**

<b>1919er Oberhaarder Weisswein</b> 1/2 Flasche <b>12<sup>50</sup></b> 10 Flaschen <b>120<sup>00</sup></b>	<b>1917/18er Ingelheimer Rotwein</b> 1/2 Flasche <b>12<sup>50</sup></b> 10 Flaschen <b>120<sup>00</sup></b>	<b>Roler Tarragona Desseriwein</b> 1/2 Flasche <b>10<sup>50</sup></b> 1/2 Flasche <b>20<sup>00</sup></b>	<b>Oesterreichischer Süsswein</b> 1/2 Flasche <b>18<sup>50</sup></b> 10 Flaschen <b>175<sup>00</sup></b>	<b>Diverse 1917er u. 1918er Original-Gewächse</b> bedeutend herabgesetzt 1/2 Flasche <b>27<sup>50</sup></b>
---	--	---	---	--

### Theater und Vergnügungen

**Volksbühne**  
Sommerdirektion  
7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger  
Direktion: Max Reinhardt  
**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Pötsch u. Vertanter  
**Kammerpiele**  
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Menschenlein kriegt  
**Großes Schauspielhaus**  
8 Uhr: Die Weber (Kaiser-Wohnung)  
**Berliner Theater:**  
Täglich 7.30 Uhr:  
**Milliarden**  
**Souper**  
Theater L. 2.  
Königsgräber Str.:  
Schiller-Opern-Bühne  
7 1/2 Uhr: Die Kreuzschreiber  
Vertrag: Bühn  
**Komödienhaus:**  
Abendlich 7.30 Uhr:  
**blonde Engel**  
von Robert Winterberg  
Paul Helmreich u. O.  
Josephine Dora u. Stanis  
u. G. Jansen herbeiroten,  
H. Karle, Georg Tafel,  
Kurt Busch, Julius Rogg.  
**Residenz Theater**  
7 1/2 Uhr: Max Udoberst in  
1919 - Ab da für  
**Siramon Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Lady Windermeres Fächer**  
**Kleines Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Calanovas Sohn**  
**Komische Oper**  
Die Oper 7 1/2  
**Alt-Seidelberg**  
**RETRO**  
Wahrenstraße 54.  
7 1/2 Uhr:  
Verständliches Kuitieren:  
Johannes Riemann und  
Dora Schiller in  
**Cocain** (Sektkübel)  
und 9 weitere Attraktionen

**Billige Arbeiterstiefel!**  
aut durchrepariert, neu besch.  
**Schnürschuhe, Paar Mark 35,-**  
**Schaftstiefel, Paar Mark 50,-**  
sowie Gamaschen und Leder aller  
Art zu außerordentlich billigen Preisen  
**Militärmäntel, Röcke u. Hosen**  
zu fabrikbilligen Preisen.  
Friedrichstr. 11, Laden 4. Kranjehül, 28. Ecke Kubejr.  
Berlin O., Frankfurter Allee 317  
Charlottenburg, Scherrenstraße 21.  
Spandau, Charlottenstr. 2. Tel.: Spandau 429 (Hieb-Wechsel)

**Alle Metalle Preiserhöhung!**  
Sinn! Weisheit! Wert!  
Dringend ihr Spezialbedarf:  
Kupfer! Zinn! Zink!  
Nickel! - Aluminium!  
Stahl! - Stahlschrauben!  
Stahlfeder! bis  
am 100. -  
Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31.

**Schokoladen**  
Geben, Feindstangen  
usw. kaufen Sie immer am  
billigsten bei  
**Schneider**  
Kodenbergstraße 27.

**Gold-, Silber-, Platin-**  
Druck, Löffel, Platten,  
Kluge, Zahngebisse usw.  
kaufen zu Tagespreisen  
**Gebr. Fuhrmann**  
Nollendorfstr. 39.

**Wo gibt die billigsten Seifen**  
bei Seifenschnelder,  
Pücklerstraße 44.

**Wanzen weg, deren Brut**  
verlöst reißlos nur Kammerflügel Verg's Nicodan!  
Erfolg verblüffend, Rindst. augen. Dankschreiben u. Überg.  
**Beste Zeit zur Brutvernichtung.**  
Erfolgreich in allen Proben und Apotheken und bei sämtl.  
lichen Warenhäusern u. Wertheimen, sonst portofrei von  
**Hermann A. Groedel, Berlin, Königsgräber Str. 49**

### Veröffentlichungen des Verlages der Kommunistischen Internationale

#### Schriften von N. Lenin

Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus .....	Mk. 4,-
Der „Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus .....	Mk. 4,-
billige Ausgabe .....	Mk. 2,50
Die Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale .....	Mk. 1,30
Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats .....	Mk. 1,20
Das Verhältnis der Kommunisten zum mittleren Bauerntum .....	Mk. 1,40
Die große Initiative (Der Heroismus der russischen Arbeiter im Hinterland. Die Kommunistischen Samstage) .....	Mk. 1,00
Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht .....	Mk. 1,-
An die russische Jugend .....	Mk. 0,50
Die auswärtige und innere Politik Sowjet-Rußlands .....	Mk. 1,-
Die gegenwärtige Lage Sowjet-Rußlands .....	Mk. 0,50
Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum .....	Mk. 1,-
Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands (Ueber Naturalsteuer) .....	Mk. 1,00

**Zu beziehen**  
 durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahndley, Hamburg 11

### Tüchtiger Optiker

für Handarbeit u. Probegläser gesucht.  
**Optische Werke Rüdorsdorf G. m. b. H.**  
 Rüdorsdorf b. Berlin.

### Tüchtige Verkäufer

für  
**Kleiderstoffe**  
**Leinen- und Baumwollwaren**  
 sofort gesucht. Meldungen  
 12 2 Uhr mittags,  
 5 - 6 Uhr abends  
**A. Jandorf & Co.**  
 Belle-Alliance-Straße 1-2

Spedition Werner, Greifswalder Str. 29  
 sucht  
**Botenfrauen**  
 für  
 Thorer u. Deutschkroner Straße  
 Spedition Krüger, Neukölln, Emser Straße 32  
 sucht  
**Botenfrauen**  
 für  
 Kneesebeckstr. und Hermannstr.  
 Meldungen vormittags 10-12 Uhr, nachmittags 3-6 Uhr;

Am 11. Juli 21 verstarb meine liebe Frau, unsere  
 liebe Mutter  
**Marie Eichhorn**  
 im Alter von 38 Jahren.  
 Dies zeigen schmerzvoll an  
 Karl Eichhorn nebst Kindern  
 Berlin, Schillermannstr. 23, früher Doyner Str. 93.  
 Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 16. 7. 21,  
 nachm. 5 Uhr, im Krematorium Grösch statt.

Allen Genossen zur Kenntnis, daß unser Wanderer  
 große  
**Paul Dörfling**  
 am 10. 7. 21 beim Baden ertrunken ist. Die Beisetzung findet am Freitag, den 15. 7., um 11 Uhr, auf dem Friedhof der Arbeitervereine, Grottestraße 65, statt.  
 Arbeiter-Wanderband  
 „Naturfreunde“  
 Ortsgruppe Wilmersdorf

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker  
**Reinhold Schwarz**  
 am 11. Juli gestorben ist. Ihn seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Juli, mittags 12 Uhr, auf der Leichenhalle des Städtischen Kirchhofes in Buch statt.  
 Die Ortsverwaltung.  
 Fahrradankauf Winterstraße 19.

### Tüchtige Verkäuferinnen

für  
**Damenhüte**  
**Blumen, Federn**  
**Damenkonfektion**  
**Herrenkonfektion**  
**Baumwollwaren**  
 sofort gesucht. Meldungen  
 12-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abds.  
**A. Jandorf & Co.**  
 Große Frankfurter Straße 113

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!  
**Klassenjustiz**  
 Chronologische Gegenüberstellung von Gerichts-  
 urteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre  
 Von Fritz Schneider Preis 1.80 Mk.  
 Buchhandl. „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 89

**Münzen :: Briefmarken**  
 kauft Großmann, Johannisstr. 4.  
 Zugang u. b. Friedhofstr. (Nr. 108) Norden 106 21

**Spezial-Arzt**  
 Dr. J. L. Löser, Geschlechts-,  
 Haut-, Harn-, Frauenleiden,  
 nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen,  
 spez. chron. Harnleiden u. Ausslässe, Licht- u. Finnen-Behandlig.  
 in der Hall.  
**Dir. O. Löser, Münzstr. 9**  
 nahe Alexanderplatz, 9-1. 4-8. Sonntags 10-12. Damen, separat

**Heilanstalt**  
 für Herz, Lungen, Magen,  
 Nerven, Nieren und Unterleibsleiden, speziell für **Röntgen-Durchleuchtung**, wodurch viele Krankheiten erkannt werden. Rechtzeitiges Erkennen des Leidens bringt schnellere Heilung und schützt oft vor späterem Siechtum.  
**C. Weißert** Berlin, Brunnenstr. 191  
 nahe Rosenthaler Platz  
 Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen. Gründliche und schnelle Behandlung zu mäßigen Preisen. Sprechstunde 10-12. 4-7 Uhr.

### Groß-Berlin

#### Biertimperei

Bürgerliche Provinzialblätter berichten folgendes:

„Eine Heidelberger Studentenverbindung hielt reichlich verspätet ihre Fastnacht ab. Vermummte und maskierte zogen die jungen Herren mit Ochsengepannen durch die Straßen und neben den Ochsen hatten die meisten auch noch einen tüchtigen „Kissen“. An der Spitze des Zuges marschierte mit Ortschaften und Säbel eine Gestalt in der Tracht des Orisblütels; sie zeichnete sich den anderen Zugteilnehmern gegenüber noch durch eine besonders bedrohliche Trunkenheit aus.

Am Bahnhofspalast sammelte sich um den Zug eine fast tausendköpfige Menschenmenge. Es kam zu einer allgemeinen Bestechung und zu einer gehörigen Prügelei. Die Polizei schritt ein, war aber so gut wie machtlos und mußte sich darauf beschränken, die Veranstalter des Zuges wegen „Verstoßes gegen die Verkehrsordnung“ anzuzeigen. Es ließ sich mit den zum Teil sinnlos betrunkenen Studenten einfach nichts anfangen. Noch in der Mitternachtsstunde größtenteils die Angehörigen dieser Verbindung in der Stadt herum. In einer Stelle verurteilte das Gröhlen zweier Mitglieder abermals einen bedrohlichen Menschenauflauf. Es gab wiederum eine mächtige Ballgerei, bis es schließlich der Polizei glückte, Ruhe zu schaffen.“

Das ist Deutschlands „Stolz und Hoffnung“, das sind die künftigen Richter und Oberlehrer der Republik, die hier wieder einmal bewiesen haben, was Geistes Kind sie sind. Es ist bekannt, daß trotz der schweren Zeit, die dem Schaffenden kaum gestattet, sich ordentlich satt zu essen, die „Elite der Studentenschaft“, sei es in den Verbindungen, sei es außerhalb, nicht bloß in den kleinen Universitätsstädten, sondern überall, wo Hochschulen sind, teils offen, teils in verschwiegenen Lokalen die widerlichsten Sauforgien feiern.

Diese Elite besteht aus jenen hoffnungslosen Burken, die der Reaktion offene Handlangerdienste leisten, die bei jeder Gelegenheit den um eine Erhöhung ihrer Schmachtsöhne kämpfenden Arbeitern durch Verriechung von Streikbrecherarbeiten in den Rücken fallen, die, aufgepuht wie mittelalterliche Strauchdiebe, jede nationale Feier degenerierter Monarchisten mitmachen müssen und dabei mit ihren Blechspiegein gar mutvoll in die Luft pfeifen.

Das sind die Biertimperei, jenes „Gesetz“, wie der Rheinländer sagen würde, das kein höheres Gehirnmaß in Alkohol auflöst und mitleidige Professoren beschimpft, stolz wie die Godelshöhne, die Eierhähen noch hinter den Ohren, und angefüllt mit Vorurteilen verbohrt Eltern aus „gutem Stande“.

Diese Heberbleibel einer verflorenen Periode fühlen sich heute wieder oben auf, nachdem das Bier keinen alten Alkoholgehalt erlangt hat, und wagen es überall, der Arbeiterkraft derartige Schaulspiele zu bieten. Und die bürgerlichen Blätter melden mit Behagen das große Ereignis: Redakteure und Berichterstatter zerdrücken Tränen der Wehmüt und der Trauer über verflorenen Tage der eigenen „Burkenherrlichkeit“. Die Namen der Käufer und ihrer Verbindung verweigern sie. Wie können sie auch dazu, diese Burken an den Pranger zu stellen, an den sie gehören?

Freilich: wenn es Arbeiter gewesen wären! Dann hätten brave Korrespondenten nicht Worte genug gefunden, diesen groben Unfug in dieser ersten Zeit gehörend zu kennzeichnen, und der „Lokal-Anzeiger“ hätte aus der „Bestechung“ einen Kommunismusaufbruch gemacht und schleunigt keinen famosen Sonderberichterstatter Schmal hingefandt. Und der hätte die Geschichte gleichzeitig zu einer prächtigen Franzosenbege ausgeschlachtet, da doch das unbelebte Gebiet nicht weit ist.

Wären es Arbeiter gewesen, dann hätte die Polizei kurzen Prozeß gemacht und hätte sich nicht so machtlos erwiesen wie gegen diese feudalen Bengels. Dann würde auch nicht bloß eine Anzeige wegen „Verstoßes gegen die Verkehrsordnung“ erfolgen, sondern ein von Fritz Ebert schleunigt eingeleitetes Sondergericht würde Gelegenheit finden, Zuchthausurteile zu fällen. Wehhalb stelle die Polizei nicht das ganze besoffene Gendel ins Loch? Weil in unseren herrlichen Tagen, wo bürgerliche Amoral und Verlogenheit wieder aus Ruder gelangt sind, Biertimperei Trumpf geworden ist. Man muß doch diesen Jünglingen, die so wider die Reaktion unterstehen und so wenig vom Freiheitsgeist der alten, revolutionären und darum festlich verfolgten Burkenschafter von Anno dazumal haben, eine Preude lassen: bei Schnaps und Bier, mit Ochsengepannen, die wohl ihr Ebenbild darstellen sollten, und angepuht wie die Aniasen einer Verdrübenanstalt.

Es könnte aber doch einmal eines Tages passieren, daß gesunde Arbeiterkäufe in diese Wagage fahren und diesen Schandfels den Rücken da gehörig geben, wo er keinen anständigen Namen verliert.

Rotäte es wirklich!

#### Erhaltet die Friedrichsdammklinik für Lungenkranke!

Vor einigen Wochen hat in Ester ein großer Tuberkulosekongreß getagt, auf dem mit sehr vielen Worten und in herrlichen Reden geschwieben worden ist, was alles für die Tuberkulosebekämpfung geschehen müsse, welche Bedeutung die Bekämpfung der Tuberkulose für den Wiederaufbau Deutschlands habe, wie die Tuberkulose nach wie vor wütere — Worte, Worte, nichts als Worte! Und was ist praktisch geschehen? Eine Heilstätte nach der anderen wird geschlossen, die Fürsorgestellen für Lungenkranke sind nur noch Stellen, in denen auf bessere Zeiten vertrittet wird und unterdes sterben in ihren engen, überfüllten Wohnungen nach wie vor ungeschützte Proletarier an der Schwindsucht!

Jetzt soll auch die Friedrichsdammklinik für Lungenkranke in Berlin, das einzige Tuberkulosekrankenhaus Berlins geschlossen werden! Dieses ausgezeichnete Krankenhaus für Tuberkulose aller Art ist bisher fast ausschließlich

aus den eigenen Mitteln des Begründers und Leiters, Dr. Arthur Mayer, erhalten worden. Nur gelegentlich sind kleinere Beträge vom Reich, von der Stadt und von den Quäkern zugeflossen worden. Die allgemeine Teuerung macht es unmöglich, daß der große Betrieb des Krankenhauses nur durch private Wohlthätigkeit erhalten wird, und der Besitzer und das Kuratorium des Krankenhauses wenden sich daher jetzt mit einer Petition an den Landtag, um die Verstaatlichung dieses Krankenhauses nach den bereits vorliegenden Vorschlägen des Kultusministeriums zu erbitten.

Der Besitzer des Krankenhauses hat sich bereit erklärt, falls das Krankenhaus verstaatlicht wird, dem Staat die gesamte Einrichtung des Krankenhauses ohne jede Entschädigung zu überlassen. Wenn die Uebernahme des Krankenhauses durch den Staat nicht rasch erfolgt, müßte das einzige Tuberkulosekrankenhaus Berlins, da weitere private Mittel nicht zur Verfügung stehen, geschlossen werden.

Hoffentlich entschließt sich der Landtag und die Regierung sehr rasch zu dieser sozialen Tat! Sie würden damit nicht nur dieses völlig unentbehrliche Krankenhaus erhalten, sondern auch — was gleichfalls von größter Wichtigkeit ist — eine Stätte schaffen, in der Studierende und junge Ärzte die ihnen dringend notwendige Ausbildung in der Bekämpfung und der Behandlung der Tuberkulose finden würden. Denn die Aufgabe der Friedrichsdammklinik war es von jeher, nicht nur Tuberkulose zu behandeln und sozial zu beraten, sondern auch Studenten und junge Ärzte durch die lebendige Berührung mit der täglichen Praxis, insbesondere mit der Praxis des Rassenarztes und mit dem Fürsorgewesen um sozialhygienischen Denken und Handeln, ohne das eine Tuberkulosebekämpfung unmöglich ist, zu erziehen und aus jungen Gelehrten berufene Anwälte der Armen zu machen.

#### Gemeindevertreterkonferenz in Berlin

Sonntag, 21. August, vorm. 9 Uhr, findet in Berlin, Stadtverordnetenversammlung, Rathaus, Eingang Königsstraße, eine Konferenz aller U.S.P.-Gemeindevertreter, Stadtvorordneten, Kreisratsabgeordneten und aller sonstigen in den Gemeinden besetzt oder ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen statt. Außer der Stadtgemeinde Berlin sind alle Ortsgruppen der Provinz Brandenburg und der Grenzmark berechtigt, mindestens einen Vertreter zu entsenden. Die Kosten der Delegation tragen die Orte oder Distrikte. Mandatsausweise müssen baldigst von den Distriktsleitungen vom Berliner Bureau angefordert werden. Ohne diese Legitimation kein Zutritt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Finanz- und Steuerpolitik in den Gemeinden. Referent: Genosse Stadtrat Hermann Radtke, Neudamm.
2. Die rechtliche Stellung der Gemeinden zum Kreis, Provinz und Staat und die neue Stadt- und Landgemeindeordnung. Referent: Genosse Bürgermeister Karf Feld, Berlin.

Wir nehmen an, daß wir mit dieser Konferenz einem dringenden Bedürfnis Rechnung tragen, und gedenken, derartige Zusammenkünfte, mit anderen wichtigen kommunalen Fragen, zu wiederholen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg:  
Richard Krille.

#### Gefährliche Ein- und Ausfuhrscheine

In dem Prozeß Stiller und Genossen wurde gestern die Verhandlung wieder aufgenommen. Als Zeuge wurde u. a. der Bruder des Angeklagten Böhmer, Professor der Rechte in Halle, vernommen. Er schilderte den Angeklagten Böhmer als einen unerfahrenen Optimisten von pathologischem Leichtsin, der dazu geführt habe, daß er oft traurige Erfahrungen habe machen müssen. Auch seine Großmutter sei schließlich krankhaft. Der Zeuge hält es für ausgeschlossen, daß der Bruder, der erproben worden sei in der Tradition einer alten Beamtenfamilie (!), bemüht mit gefährlichen Artunden operiert haben sollte. — Als Zeuge wurde auch der aus dem Prozeß Sonnenfeld-Stary bekannte Ernst Sonnenfeld vernommen. Er befindet er habe von seiner Zelle aus ein Gespräch mit angehört, welches Stiller und Kruse mit lauter Stimme von Zelle zu Zelle geführt haben. Sonnenfeld hat sich über den Inhalt dieses Gespräches ausführlich Notizen gemacht. Das Gespräch, bei dem Stiller den Kruse bearbeitete, um ihn zu bewegen, einen großen Teil der Schuld auf sich zu nehmen und keine den Stillerischen Bekundungen widersprechenden Aussagen entsprechend zu machen. — R. A. Leopold Wener behauptete, daß es technisch ganz unmöglich sei, sich ein Gespräch bei der Lage der in Frage kommenden Zellen im Untersuchungsgelände zu führen. — Das Gericht behält sich die weitere Erörterung dieses Punktes zunächst noch vor und wandte sich dem letzten Falle der Anklage zu, der sich auf ein Benzins-Geschäft der Stadt Eberfeld bezieht. Die Kohlenstelle der Stadt Eberfeld hatte sich unter Umgehung der gesetzlichen Vorschriften 2160 000 Liter Benzin aus Belgien beschafft und bezahlte die Beschlagnahme. Um diese zu verhindern, sandte der Leiter der Kohlenstelle Eberfeld den Kaufmann Hadenbrach nach Berlin, um, wenn möglich, die nachträgliche Genehmigung zur Einfuhr zu erhalten. Hadenbrach legte sich mit dem Reichswirtschaftsministerium in Verbindung, und als dies nicht zum Ziele führte, wandte sich Hadenbrach an einen ihm bekannten Gütsbehalter. Dieser wieder stellte eine Verbindung mit dem Kaufmann Max Gabel in Charlottenburg her, und dieser machte Hadenbrach mit dem Angeklagten Hahn bekannt. Es fanden dann die Unterhandlungen über die Möglichkeit der Besorgung des Einfuhrscheins statt, mit dem Ergebnis, daß dafür die Summe von 1 Million Mark festgesetzt wurde. Hadenbrach erhielt von der Kohlenstelle Eberfeld die Genehmigung zur Besorgung der Million, wöhner behauptete dann wieder durch Stiller die Einfuhrbewilligung, die nach Wöhners Versicherungen absolut einwandfrei sein sollten und die Million wurde gezahlt. Das Geld ist zwischen Wöhner, einem Hauptmann Stiller, Hahn und mehreren Beamten geteilt. Der als Zeuge über dieses ganze Geschäft vernommene Kaufmann Habel hat dafür, daß er die Beschaffung mit Hadenbrach vermittelt hat, auf seinen Teil 175 000 M. erhalten.

Kriminalkommissar Klinhammer, der die Strafsache bearbeitet hat, schilderte die polizeilichen Maßnahmen, die schließlich zur Verhaftung des Messieurs Wöhner und der Mitangeklagten geführt haben. Der Stein ist durch den Dampfagelbesitzer Otto

Koblich in Ostpreußen ins Rollen gebracht worden, der an dem Anlagestück der Einfuhrbewilligung für Holz im Werte von 26 Millionen Mark interessiert war. Zeuge Koblich hatte infolge der Höhe der verlangten Provision Verdacht an der Echtheit der Scheine geschöpft und sich an die Polizei gewendet. Er sollte die ihm zu beschaffenden drei Scheine gegen Zahlung der Provision erhalten, als verabredungsgemäß Kommissar Klinhammer mit seinen Beamten in die Geschäftsräume der Niederdeutschen Handelsgesellschaft drang und von Wöhner die Herausgabe der Urkunden verlangte. Wöhner, der ihm aus dem Scheinermitteln bekannt gewesen sei, habe zuerst bestritten, solche Dokumente zu besitzen und erst als ihm körperliche Untersuchung und Umstellung des ganzen Hauses angedroht worden sei, habe er die Dokumente herausgerückt. Als er auf eine Frage des Zeugen zugab, daß er selbst die Journalnummern eingefügt habe, hat ihm der Zeuge erklärt: „dann sind Sie ein Fälscher!“, wogegen sich Wöhner dadurch zu schützen suchte, daß er erklärte, er habe sich dazu für berechtigt gehalten, da der Ueberbringer der Scheine die Nummern aufgeschrieben hatte. Der Zeuge hat ihm darauf erwidert: „So etwas macht ein preußischer Gerichtsschreiber?“

Als Zeuge wurde dann noch der Generalsekretär des Vereins gegen das Bekleidungsunwesen, Dr. Pohle, vernommen. Dieser erklärte auf besondere Anfrage der Verteidigung, daß sich in dem Verleht zwischen den Wirtschaftsbehörden und den Interessenten eine Art neuer Agentenstand herausgebildet habe, nicht nur bei der Ein- und Ausfuhrbewilligung, sondern auch beim Branntweinmonopol und anderen Wirtschaftsbehörden. — Die Behauptung, daß bei den Unterhandlungen Hahn als Dezernent des Reichswirtschaftsamtes und das Bureau Böhmers als Zweigstelle dieses Amtes bezeichnet worden sei, wurde durch die Beweisaufnahme nicht bestätigt. — Die Verhandlung wird fortgesetzt.

#### Der Kampf der Bolontärärzte

Zu dem Kampf der Bolontärärzte erfahren wir, daß die Protestbewegung einigen Erfolg zu haben scheint. Vertreter der Bolontärärztenvereinsung an der Charité und den Berliner Universitätskliniken hatten am Dienstag im Preussischen Landtage durch Vermittlung des Genossen Dr. Wenz eine Besprechung mit dem Kultusminister Dr. Weder. Dr. Wenz wies auf die Notlage hin, in die nicht nur die Bolontärassistenten, sondern auch die Groß-Berliner Bevölkerung bei einer durch Arbeitsniederlegung notwendig werdenden Schließung der staatlichen Polikliniken und Krankenhäuser gelangen würden. Der Kultusminister versprach hierauf die sofortige Erfüllung der zunächst wichtigsten Forderungen. Es handelt sich hierbei um die Rückgängigmachung des Erlasses, nach dem von den Bolontärassistenten vom 1. August ab Besetzung von Kost und Logis verlangt wird, und um die sofortige Anweisung der zuzählenden Gehältern für die als unentbehrlich anerkannten Bolontärassistenten.

#### Die Polizeistunde verlängert

Im Laufe des gestrigen Tages hat eine zweite Besprechung des Berliner Polizeipräsidenten mit den zuständigen Regierungsvertretern im Ministerium des Innern stattgefunden, die das Resultat hatte, daß beide behördlichen Stellen zu dem Entschluß gekommen sind, die Bundesratsverordnung von 1916 über die Polizeistunde in Deutschland als nicht mehr zeitgemäß den Staatsrat zur Aufhebung zu empfehlen. Sobald der Staatsrat diesem Wunsche entsprochen haben wird, werden die Vertreter des Ministeriums des Innern mit denen des Berliner Polizeipräsidenten sofort wieder zusammenkommen und den Erlass einer Verordnung für Berlin beraten, der den Theaterchluss auf 11 Uhr, den Schluss für die Lichtspieltheater auf 11¼ und für die öffentlichen Lokale auf 11 Uhr vorsteht.

Eine neue Gemeinschaftsschule in Neudamm. Die Eltern der 21. und 22. Gemeindegasse, Rittstraße, beschlossen in einer großen Elternversammlung am 5. Juli in Allems großem Saale einstimmig, die Umwandlung dieser Schulen in eine Gemeinschaftsschule. Die beiden Referenten, Lehrer Weimann und Schmidtbauer, haben noch einmal in gedrängter Kürze ein Bild der neuen Schule. Während ersterer den Geist des Gemeinschaftsgedankens, den seelischen Aufbau in kurzen, aber treffenden Worten nochmals kennzeichnete, erläuterte letzterer die vorher näher erläuterten organisatorischen Richtlinien des ersten Aufbaues. Starker Beifall lohnte die Redner, und alle Anwesenden erboten sich, einander Kraft dem gestellten Ziele anzustreben. Schwer und überaus reich an Rückschlüssen und Entschlüsseungen wird der Weg sein, doch unaufhaltsam schreitet der Gemeinschaftsgedanke, welcher nur allein ein wirklich freies Geschlecht, starke, unbeeinflusste Menschen heranbilden kann. An auch, ihr Arbeiterreiter! Heut es, ob ihr eure Kinder weiterhin als Objekt des Nationalismus und religiösen Dogmas herabsehen wollt oder für eine frohe und selbstbewusste Volksgemeinschaft sorgt. Wollt ihr das letztere, dann folgt unserem Beispiel und baut die Gemeinschaftsschule im Sinne Bauhaus.

Der Polizeipräsident teilt mit: Am diesjährigen französischen Nationalfesttag, Donnerstag, den 14. Juli, wird auf den Gebäuden der französischen Botschaft am Pariser Platz und des französischen Konsulats in der Matthäikirchstraße wieder in üblicher Weise die französische Flagge gehißt. Der Polizeipräsident von Berlin hat die erforderlichen Maßnahmen zur Bekräftigung von Vorkommnissen getroffen, wie sie sich im vergangenen Jahre am 14. Juli unter den Linden ereignet haben. Anmahnungen und Rundgebungen vor der Botschaft und vor dem Konsulat werden mit allen polizeilichen Mitteln von vornherein verhindert. Von der Einflucht der Berliner Bevölkerung (mit Ausnahme der Sakentruer! Red. v. Fr.) darf erwartet werden, daß sie vor den französischen Amtsgebäuden auch ohne polizeiliches Eingreifen dasjenige Maß von Zurückhaltung wahren wird, welches der politischen Lage entspricht.

Der Kaufmann bei Königsmusterhaußen. Die wegen der Ermordung der Frau des Geschäftsführers und Oberkellners Krell verhafteten Arbeiter Friedrich Koppe und Wilhelm Freund wurden in der vergangenen Nacht durch Kriminalkommissar Geißel verhört. Nach der Darstellung des Freund ist der Plan von Koppe ausgegangen, der seit längeren Jahren mit Frau Krell bekannt war. Er hatte im Jahre 1919 in Greifswald einen großen Gelddiebstahl ausgeführt und einen Teil der Summe der Frau Krell geschenkt. Nachdem Koppe eine einjährige Gefängnisstrafe verbüßt hatte, kam er nach Berlin und sah hier den Entschluß, Frau Krell zu veranlassen. Er veranlaßte zu diesem Zwecke



Münzstr. 24  
Erste Etage

# BERLOWITZ

Münzstr. 24  
Erste Etage

## Saison-Ausverkauf

Preisermässigung und Garantie für angemessene Haltbarkeit

Lackartikel sind von der Garantie ausgeschlossen

seinen Freund Freimund unter falschem Namen an Frau Krell einen Brief zu schreiben und sie nach einem Café im Westen zu begleiten. Dort trat dann Koppe an sie heran und teilte ihr mit, daß der Schreiber des Briefes zwar nicht kommen könne, daß er aber mit diesem zusammen ein „großes Ding gedreht“ und die Beute im Walde bei Königsmusterhausen vergraben habe. Während die beiden in einem gemeinsamen Abteil vom Zoologischen Bahnhof abfahren, nahm Freimund in einem Nebenabteil Platz. Im Walde hätten sich die drei dann getroffen und Koppe habe Freimund zugesprochen. Jetzt ist es soweit. Darauf sei Koppe auf die im Grase stehende Frau Krell gestürzt und habe sie mit beiden Händen gewürgt, während Freimund ihr die Ringe und Schmuckstücke abholte. Beide warfen dann die Leiche in einen Lümpel; die Schmuckstücke verlegten sie in Berlin und klebten sie von dem Gelde neu ein. Koppe bestreite die Aussage Freimunds und behauptet, der Plan sei von diesem ausgegangen und auch Freimund sei es gewesen, der Frau Krell erwürgt habe. Kommissar Gehel ist heute früh mit seinen Beamten nach Königsmusterhausen gefahren, um dort die Leiche der Frau Krell zu suchen.

## Gewerkchaftliches

### Gelbe Krokodilstränen

„Mit der Monarchie ist die neutrale Staatsgewalt verschwunden.“ Das ist das Ergebnis eines „tiefen“ Denkungsprozesses, das das „Zentralblatt des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften“ angestellt und sich geleistet hat. In Nummer 11 und 12 des genannten Organs werden in einem Spigenartikel, der den Titel trägt „Der Nationalverband deutscher Gewerkschaften vor dem Reichstag“ Krokodilstränen darüber vergossen, das das Verlangen des Verbandes, in den Ausschuss der Reichsgetreidegesellschaft einen Vertreter zu entsenden, nicht nur von unseren Genossen abgelehnt wurde, sondern auch von den Vertretern der freien, der Hirsch-Dunderschen und der christlichen Gewerkschaften unterstützt wurde. Wir berichteten darüber bereits letzten Freitag in der Abendausgabe. Das Blatt kommt auf diese Angelegenheit in dem besagten Artikel zurück und ist nicht nur erbot über uns, sondern läßt auch keinen Jörn über die Nichtanerkennung ihrer sogenannten „Gewerkschaft“ gegen die christlichen und auch Hirsch-Dunderschen Verbände aus. Auch das Zentrum und die demokratische Partei erklärt heftige Kritik, daß sie diesen „Mißbrauch der Demokratie“ bede. Nur die Deutsche nationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei treten für „wahre und echte Freiheit und Gleichberechtigung aller Staatsbürger in Deutschland“ ein. Es ist wirklich nett, daß in der — lauten Gurlerzeit für den richtigen Hundstags-Spaß von „nationaler“ Seite gezeigt wird, und wir glauben im Namen unserer Leser zu sprechen, wenn wir dem betz. Organ unseren Dank hierfür übermitteln.

Diele Parteien, heißt es weiter, sind die Hoffnung für „die wirtschaftsriedliche Gewerkschaftsbewegung“. Wir erfahren auch, daß die „Monopol-Spigen-Gewerkschaften“ eine Macht sind, die auf „höheren Niveaus“ steht.

„Einen ersten Schritt“ findet das Organ darin, daß es „bereits drei staatliche Parteien gibt; nämlich die Deutsche nationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei, die für den Nationalverband Deutscher Gewerkschaften gestimmt haben, was bedeutet, daß sich bereits ein staatlicher Teil des Reichstages für ihn eingestellt hat. Und da dieser Teil des Reichstages der ohne Zweifel aufwärtskommernde, der zukunftsreichste, der lebenskräftigste ist, da also diesem Teil des Reichstages ohne Zweifel die Zukunft gebührt, während sich seine Gegner in absteigender Linie, in ständigem Rückgang befindend bedeutet jenes Abstimmungsresultat im Reichstage für die wirtschaftsriedlich-nationale Gewerkschaftsbewegung auch die frohe Verheißung endgültigen Sieges über den Unterdrückungswillen ihrer Feinde.“

Wir begreifen den Schmerz der „Wirtschaftsriedlichen“ und „hoffen“, daß die reaktionären Parteien in Deutschland, die den „nationalen Gedanken“ pflegen, dazu beitragen werden, den Traum dieser Leute zu erfüllen!

### Bureaufratliche „Wirtschaftslichkeit“

Vom Eisenbahnerverband wird uns folgendes — „Ibidem“ übermittelt:

Am Laufe der letzten Zeit gehen durch die bürgerliche Presse Artikel, in denen von Seiten des Finanzministeriums auf die große Unterbilanz des Reiches hingewiesen wird. Besonders wurde betont, daß auf der Eisenbahn eine solche von 14 1/2 Milliarden bestände. Ueber die wahren Ursachen, durch welche diese Defizite erzeugt werden, bekommt das breite Publikum leider wenig zu erfahren. Nicht die allgemeine wirtschaftliche Lage be-

dingt den größten Teil des Defizits, sondern wird verursacht durch die Art des ewig trabenden büreaukratischen Amtsschimmels. Wir wollen nicht unterlassen, ein typisches Beispiel zu geben, wie unnütze Ausgaben von Seiten der Eisenbahnerverwaltung gemacht werden und wie das Geld der Steuerzahler buchstäblich verfehlt wird:

In der Betriebswerkmeisterei des Potsdamer Bahnhofes wurde an einer Drehscheibe ein Zahnrad defekt. Die erforderliche Reparatur hätte an einem, höchstens zwei Tagen erledigt sein können, wenn man dem Wertmeister und dem Betriebsrat das Recht zur Vornahme von produktiver Arbeit gestattete, ohne daß der Bureaumatismus seine lähmende Hand darauf legte. Aber, anstatt fröhlich an die Arbeit gehen zu können, um den Schaden zu beseitigen, wurde erst eine Meldung an das zuständige Maschinenamt erstattet. Mehrmals wurden vom Amt Rückfragen gestellt und Berichte über den Schaden eingefordert. Es war bereits ein statliches Aktenbündel über den Fall zusammengearbeitet, als der Beiseid kam, das Zahnrad sollte der Versuchsanstalt in Rauen überwiesen werden, was auch geschah. Das Versuchsammt Rauen machte seinerseits trotz des enorm angewachsenen Aktenmaterials noch einige Male ebenfalls Rückfragen, bis glücklicherweise der Zeitpunkt kam, an dem der Schaden repariert wurde. Durch das gewissenhafte, genau nach dem Buchstabenarbeiten der büreaukratischen Maschine wurde erreicht, daß für eine Reparatur, welche im ungünstigsten Falle, wie schon oben gesagt, in zwei Tagen erledigt sein konnte, die Summe von 20 250 M. ausgeworfen wurde! — Diese hohe Summe wurde dadurch erreicht, daß wegen Fehlen des Zahnrades täglich in drei Schichten je ein Mann mehr zum Bedienen der Drehscheibe benötigt wurde, was pro Tag die Summe von 135 M. ausmachte. Nicht einbezogen in dieser Summe sind die jetzt so erheblich teuren Kosten für Schreibgebühren usw.

Aber nicht nur mit dem Gelde der Steuerzahler wird dort so unverantwortlich gewirtschaftet, es wird auch sonst in technischer Hinsicht nicht fehlerlos gearbeitet. In dieser Dienststelle ist durch Verwahrlosung und Krankheit die Belegschaft bis auf zirka 60 Prozent reduziert. Die noch übrigbleibende Belegschaft soll die Arbeiten für die 40 Prozent mit verrichten; ein Ding der Unmöglichkeit für jeden, der einigermaßen Ahnung vom Gang der Geschäfte hat. Weil Heranziehung von Ersatzkräften durch verwaltungsseitige Verfügung nicht möglich ist, kommt es des öfteren vor, daß reparaturbedürftige Maschinen oft bis 15 Stunden später den Schuppen verlassen müssen, als es im verkehrswirtschaftlichen Sinne erforderlich wäre. Es wäre endlich nun einmal an der Zeit, daß von Seiten der Instanzen, welche über die Unwirtschaftlichkeit des Eisenbahnbetriebes ihr Wohlgehen anstimmen, dort zugegriffen wird, wo sich der wahre Uebelstand offenbart, um einer weiteren Verschwendung von Geld und Zeit ein Ende zu machen.

### Ueberstundenandal bei den Banken

#### Ein Vorschlag zur Abhilfe

Das Ueberstundenwesen bei den Banken wächst sich geradezu zu einem öffentlichen Skandal aus. Die ungenügenden Gehälter glauben die Angestellten dadurch weitzumachen, daß sie bis zur Erschöpfung Ueberstunden leisten. Das Börsenschieberwesen gibt Aufträge in Hülle und Fülle, und die Bankangestellten, von Ausnahmen abgesehen, wissen nichts Besseres zu tun, als diesem Spekulantentum Vorkuh zu leisten und sich selbst letzten Endes zu schädigen, denn je niedriger das eigentliche Gehalt ist, das die gut verdienen Banken den Angestellten gewähren, um so mehr sind sie darauf angewiesen und wird ihnen zugemutet, Ueberstunden zu leisten, um so ungefähr das Existenzminimum zu erreichen. Das ist aber ein ganz falscher Weg, denn in normaler Arbeitszeit muß soviel verdient werden, um leben zu können. Diese Einsicht mühte eigentlich der letzte Bankangestellte begreifen und danach handeln. Das ist aber leider nicht der Fall.

Bei der Dresdener Bank, Filiale Hlensburger, Ecke Lessingstraße, beobachteten wir Dienstag abends, daß bis 12 Uhr nachts gearbeitet wurde. Selbst bürgerliche Passanten blieben stehen, und als sie sahen, daß es keine — Eindrehen waren, übten sie schärfste Kritik und erklärten, es sei ein Skandal, daß hier bis in die tiefe Nacht geschuftet wird, während die Arbeitslosigkeit immer höher steigt.

Anscheinend schläft der betr. Betriebsrat den Dornröschenschlaf. Vielleicht genügen diese Zeilen, daß er geweckt wird und sich um seine Aufgaben kümmert.

Wir wollen hier auch gleich bemerken, daß die Angestellten rechtlich nicht verpflichtet sind, Ueberstunden zu leisten, und daß ihnen bei Verweigerung derselben keinerlei Nachteile entstehen dürfen.

Es muß zunächst Aufgabe aller Organisationen des Bankgewerbes sein, durch moralische Einwirkungen diesen öffentlichen Skandal abzustellen. Sollte dieser Weg keinen Erfolg bringen, so würden wir vorschlagen, daß vor allem die

freigewerkschaftlichen Angestellten-Organisationen aus den arbeitssamen Mitgliedern Streikkommandos formieren und die Bankbetriebe überzuwachen, die Ueberzeit Arbeitenden aus den Betrieben herausholt oder größere Demonstrationen vor solchen Instanzen veranstaltet, so daß den Unternehmern und den notorisch pflichtvergeßenen Angestellten die Luft vergeht, noch weiter diesen Standal zu treiben. In verschiedenen Ländern sind schon früher oftmals diese Methoden angewandt worden, und ein Versuch wird auch hier von Erfolg gekrönt sein.

### Zimmerer

#### An alle Verhandlskammeraden von Groß-Berlin!

Auf wiederholte Anfragen betreffs der beantragten Lohnreformen teilen wir folgendes mit: Die erste Sitzung der Parteien (Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) hat am 4. Juli d. V. stattgefunden. Nachdem in dieser Sitzung die Vertreter der Arbeitnehmer ihren Antrag begründet hatten, erklärten die Vertreter der Arbeitgeber, daß der Gesamtschick sich am Freitag, den 8. Juli, mit der Angelegenheit beschäftigen wird. Am 11. d. M. erhielten die Organisationen vom Verband der Baugehilfen schriftlichen Bescheid und war im Ablehnendem Sinne. Es ist hierauf sofort das Bezirkslohnamt angerufen worden, welches innerhalb 10 Tagen zusammentritt und über die gestellte Forderung entscheidet. Alles weitere erfolgt sofort nach Tagung des Bezirkslohnamtes. Schlichtungskommission und Vorstand des Zentralverbandes der Zimmerer Groß-Berlin.

Kampfanlage und Tarifbruch der Konditoreibehälter. Für das Konditoreigewerbe Groß-Berlins ist im Tarifvertrage vorgesehen, daß alle Arbeitskräfte vom paritätischen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Abteilung Konditoren, bezogen werden sollen. Seit Besetzen des Tarifs führen die Arbeitgeber einen ständigen Kampf, um von dem ihnen sehr verhassten Tarif loszukommen. Sie möchten wieder wie in Friedenszeiten bei unbeschränkter Arbeitszeit mit einem bescheidenen Taschengeld ihre Arbeitnehmer entlohnen. Jetzt holen sie zum ersten Schlag aus. Sie haben beim Magistrat ihre Beteiligung am Arbeitsnachweis gekündigt, mit ihnen zugleich der Gewerksverein S. D. der Bäcker und Konditoren, ein bescheidenes Grüppchen innerhalb der Arbeitnehmer der Konditoren, welcher gern mit Hilfe der Arbeitgeber zur Macht gelangen will. Der bornierte, einseitige, politische Standpunkt seiner Führer verleitet dieselben zu immer größerem Verrat an der Kollegenchaft. Wir betrachten diese Kündigung als Kampfanlage und werden den Herren zu einem Tänzchen auffüllen, woran sie noch lange denken sollen. Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Betriebsräte der Metallindustrie, 3. Hauptgruppe. Heute, den 14. Juli, abends 5 1/2 Uhr, findet eine Vorbereitungsung der Betriebsräte der U. S. V. D. in der Schulaula Koppenplatz statt.

### Parteiveranstaltungen

#### Donnerstag, 14. Juli

1. Militär (Wedding). Die Zusammenkunft der Röhler zur Sonntagsgewandlung findet im Wohnzimmertimmer der Schule Müllerstraße, Ecke Triftstraße, statt. Charlottenburg, K. S. V. Fraktion der Kriegspartei. Abends 7 Uhr findet Sitzung eines Sitzungs Rat. Schreiben künftiger Kriegspartei ist notwendig, da wichtige Tagesordnung.

#### Freitag, 15. Juli

2. Verwaltungsbereich (Tiergarten, Wehen). Abends 7 Uhr gemeinsame Mitarbeiterversammlung des 4., 5. und 6. Bezirks in der Schulaula Köppl, Zwingstraße 2. mit der Tagesordnung „Die immerwährenden Stabwörtermeister“. Es ist wichtige Pflicht, zu erscheinen.

3. Militär (Wedding). Sitzung Strochobaner vom Bahnhof 8 (Döner Straße), 7 Uhr Jahrestag bei Fritz, Müller, Ecke Vorfußstraße.

#### Bereinskalender

#### Donnerstag, 14. Juli

Wach der technischen Wagnheiten und Beamten. Mitgliederversammlung: Club Lützow 2, Restaurant Kuchlin, Sonnenplatz 8, abends 7 1/2 Uhr; Reichswahl, Restaurant Holenzellers, Großdierstraße, abends 7 1/2 Uhr; Pilsener, Restaurant zur Hülfe, Kronenstraße 226, abends 7 1/2 Uhr; Norden 1, Restaurant Dymond Berliner, Brunnenstraße 160, abends 7 1/2 Uhr; Oben 1, Hotelfestaurant, Stroelzer Straße 48, abends 7 1/2 Uhr.

Metallarbeiter! Betriebsratswahl, Generalversammlungsbekanntmachung, Betriebsratswahl am Donnerstag, den 14. Juli, nachmittags 5 Uhr, Versammlung im großen Saal, Reichsberger Hof, Reichsberger Straße 147. Die Branchenleitung.

#### Freitag, 15. Juli

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Kreisbeschäftigtenführer. 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftsraum, Saal 3, große Strandbörse, Versammlung. Bericht über die mit den Unternehmern geschlossenen Tarifverhandlungen. Mitgliederbuch oder Karte legelnbinden. — Gruppe Sozialistische. Abends 7 Uhr im Lokal von Freytag, Wehlichstraße 15, allgemeine Versammlung.

### Geschäftliches

Ein verlässliches Mittel gegen Föhnstrahlen und harte Haut ist das milde und angenehm berührende „Kufrol“. Dieses Präparat wird von zahlreichen Ärzten empfohlen und verwendet. Kufrol ist auch mit bestem Erfolge gegen Warzen anzuwenden. Man erhält Kufrol in jeder Apotheke und besseren Drogerien.

## Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Kußt

(18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Eugenie schaute in die vom Morgenmisch verschleierte Ebene. Weinberge, Felder, Wiesen, Obstgärten, einmal eine kleine Parzelle Wald, dann Feld um Feld und Acker um Acker, das dehnte sich, als wollte es nicht aufhören.

Auf einmal schrie Mira ganz entsetzt: „Der Dom! Der Spener Dom!“ Sie rief es so laut und so wichtig, daß Helene neben sie trat, und neben Helene lehnte nun auch Kolf am Geländer. Während Eugenie die massigen Formen suchte, die sich verschwommen über der geraden Kontur eines fernen Waldes hoben, suchte Kolf Helenens Hand, und das Spiel begann aufs neue, von dem Helene atemlos und trunken wurde. Sie mußte die Augen schließen und fühlte sich, ohne Widerstand leisten zu können, in einen Abgrund hinabgerissen. Sie empfand wirklich Schwindel. Warum kam ihr Kolf immer näher? Schon fühlte sie seinen Arm an ihrem Arm, seine Hüfte an ihrer Hüfte. Kein Wort sprachen sie, während Mira fortwährend neben ihnen schwatzte.

„Ach! all ihre Gedanken fliegen dahin, wo die kompakte Masse des Domes den Waldstreifen überragte. Er war ja wieder dort, und sie fühlte eine pressende Sehnsucht, ihm zuzurufen zu können! So nah lag das Wahrzeichen der Stadt, die ihn beherbergte, und es gab kein Signal, das ihn ausschauen, aufhorchen machen konnte, das zu ihm hätte sprechen können: „Da oben zappelt sich ein armes junges Herz ab nach dir, da oben schaut sich eine die Augen heraus, um nur einen Schein des Plages zu haben, wo du atme!“ So dachte Mira. Man konnte nichts wie seufzen, ein wenig wehmütig glücklich sein und sich selbst unendlich bedauern. Eugenie mochte nur vor sich hinlachen, die hatte eben kein Gefühl!

Aber da! Da war etwas, was sie anzog. Ein weißes Wölkchen stieg aus dem Tal auf, brodelt ein bisschen herum, hing sich an einen Hügel, verschwand wieder, stobte direkt unten auf und hielt dann still. Deutlich hörte man direkt unten auf und hielt dann still. Deutlich hörte man einen Pfiff, dann ein Rollen, das ganz nah schien, aber leiser und leiser wurde und zuletzt vollständig verhallte. Man sah nun den Rauch wie ein Schlangenlein durch das Tal ziehen, verschwinden, um nach längerer Zeit winzig und eilfertig in der Ebene aufzutauchen.

„Die Eisenbahn!“ rief Mira wie ein Kind. „Sie geht nach Spener, Mira“, konstatierte Kolf ernsthaft, und seine Schwester ließ die kleine weiße Wolke, die über den Felsdrehen schwebte, nicht mehr aus dem Auge.

Kolf sah und fühlte nur Helene neben sich, er zog sie an sich. Nun schloß auch er die Augen wie sie und mußte mit aller Gewalt an sich halten und die Zähne in die Lippen beißen.

Das bedienende Mädchen schreckte ihn auf. Sofort hatte er wieder Macht über sich und konnte Mira das Scherzwort zuwerfen: „Jetzt ist sie in Spener.“

Das Mädchen sah Helene überrascht an: „Ach, Fräulein, Sie sind hier? Ich habe doch vorhin Ihren Herrn Vater da herauf kommen sehen, den Weg von der Station her. Ist er nicht auch da?“

Helene erwiderte: „Doch bald sah sie ein, daß das Mädchen sich geirrt haben mußte.“

„Mein Vater ist in Spener“, sagte sie, „und er kommt niemals diese Strecke nach Hause. Er mühte viel zu weit zu Fuß gehen; das liebt er nicht.“

Das Mädchen meinte: „Ich kann mich geirrt haben, aber ich glaube es ist sicher. Allerdings ging der Herr sehr schnell vorbei, er war auch nicht allein.“

Als Eugenie gegangen war, um ihre Freundin zu besuchen, zögerte Mira einen Augenblick, ob sie bleiben sollte oder nicht, dann warf sie einen pfiffigen Seitenblick auf Kolf und sagte im Wehen großartig: „Wir erwarten euch hier zu treffen.“

Eine Zeitslang saßen die zwei da, ohne ein Wort zu sprechen und sahen starr aneinander vorbei. Von Zeit zu Zeit überfiel Helene ein Zittern. Endlich stand Kolf auf. Er hatte sagen wollen: „Könnten wir nicht einstweilen ein bisschen in den Wald gehen?“ aber er sprach es nicht aus. Er schlug nur den Weg nach dem Wald ein, und Helene ging neben ihm her, sah aber weder den Pfad, noch wohin er führte.

Als sie weit genug im Dunkel der Bäume waren, blieben sie stehen, preschten sich wortlos aneinander, und Kolfs Riffe fielen heiß und saugend auf Helenens Hals, ihre Arme, ihre Ohren, ihr Gesicht, bis sich plötzlich ihre Rippen in einer wilden gierigen Vereinigung fanden. Helenens Kopf war nach rückwärts gebogen, sie hielt die Augen geschlossen und lag willenlos in Kolfs Armen. Dann gingen sie mit schweren Gliedern wieder ein paar Schritte weiter, blieben wieder stehen, zitternd vor Verlangen, kamen sich entgegen, den Mund halb geöffnet, flammend vor Erregung — da stieß Kolf einen kurzen Ruf aus, eine Warnung. Er drängte Helene von sich und versuchte sie mit Gewalt nach der anderen Richtung zu drehen — es war zu spät. Zwei Augen hatten sie gesehen, zwei Augen, die nur allzusehr Helenens

Augen glühten — sie wurde weiß, kraftlos und wäre heinabe zu Boden gesunken. Da drüben ging ihr Vater mit einer jungen Dame, die er um den Leib gefaßt hielt. Von dort drüben hatten ihres Vaters Augen in Mut und Schreden herübergeschaut — eine kurze Weile, dann war alles wie ein Spul am Abhang verschwunden.

Helenes Erregung löste sich in einem leidenschaftlichen Weinen aus. Sie hielt die Hände vor's Gesicht, und Kolf versuchte vergebens, sie ihr wegzuziehen. Sie weinte nur immer heftiger, bis er endlich in beschämendem Tone rief: „Sofort bist du still! Wir müssen gleich zurück, hör auf jetzt, es darf niemand ahnen, was vorgefallen ist, und daß du geweint hast!“ Und obwohl er selbst zitterte, stellte er sich fest und befahl und drohte — endlich ließ das Schluchzen nach. Helene drückte ihr Tuch an die Augen und versuchte ihn anzulächeln.

In diesem Augenblick nahm ihr Gesicht, das sonst gar nicht dem ihrer Mutter glich, den rührenden Ausdruck der Mutter an, daß Kolf es in seine Hände nahm und seife küßte. Dann ließ ein angstvoller Ausdruck über ihre Züge: „Der Vater! Was wird er nun sagen? Ueberhaupt — — — es ist schrecklich!“

„Dein Vater wird sich hüten, etwas zu sagen! Wenn er mit einer jungen Dame in den Wald geht und sie lieblich umfaßt, wird er seine Tochter nicht gesehen haben, die einen jungen Mann küßt! Wie?“

„Ach die Mutter! Die Mutter!“ flachte Helene wiederum. „Laß doch deine Mutter aus dem Spiel, das ist Weitauf, und nimm dich jetzt ein bisschen zusammen, ich bitte dich!“

Und führte sie rasch weg. Sie folgte, wie wenn sie ihm seit Ewigkeiten zu eigen wäre, sie, die von ihm noch vor einer halben Stunde mit „gnädiges Fräulein“ angeredet wurde, fühlte sich als sein Eigentum, seine Sklavin, die alles tun mußte, was er wollte.

„Du darfst nicht aussehen wie eine Ertrappede oder wie ein kleines Schulmädchen, das Prügel bekommen hat, Kopf hoch!“

Aber Helene hatte nun einmal das Gefühl einer Ertrappeden, einer, die etwas Verbotenes getan hatte — irgend etwas was geschieden, das sie nie wieder gut machen konnte. Etwas Fremdes, Brennendes, Quälendes wollte in ihr aufsteigen, doch sie fand keinen Trost, keine Hilfe bei Kolf, der neben ihr herging wie ein lebenswürdiger Fremder, in Haltung und Ausdruck der ausmerkame und höfliche Weigleiter, nichts weiter.

Fast gleichzeitig mit ihnen kamen die Schwestern an.

(Fortsetzung folgt)

# Der U-Boot-Krieg vor Gericht

(2. Verhandlungstag.)

Bei Beginn der gestrigen Sitzung werden zunächst die von der Verteidigung geladenen Zeugen aufgerufen und in der üblichen Weise ermahnt.

Kanaltote Walter Popik aus Brunsbüttelkoog, der Steuermann auf U 86 war, gibt an, daß das Unterseeboot die „Mandover Castle“ längere Zeit verfolgt und als Hospitalschiff erkannt hatte. Die Möglichkeit, das Schiff anzuhalten und zu durchsuchen, bestand für U 86 nicht. Hospitalschiffe wurden, sagt der Zeuge, zu einer Gefahr für Unterseeboote, doch gibt Popik zu, bis dahin keinen Fall kennengelernt zu haben, daß Hospitalschiffe sich als U-Boot-Jakten betätigten. Hinsichtlich des Inhalts der „Mandover Castle“ war der Kommandant des U-Bootes auf allgemeine Vermutungen angewiesen. Der Zeuge und der Angeklagte Dithmar rieten dem Kommandanten Pagig, das Schiff nicht zu torpedieren. Pagig zögerte zunächst auch längere Zeit, entschloß sich dann aber doch zur Torpedierung. Nur einer der beiden abgegebenen Schüsse traf mittschiffs. Eine Explosion hat der Zeuge gehört. Nachträglich wollte Kapitänleutnant Pagig feststellen, ob seine Vermutung, daß das Lazarettschiff mißbraucht werde, sich bestätigte. Bei dieser Untersuchung

## Menschenleben zu retten,

war nach Ansicht des Zeugen nicht möglich schon wegen des beschränkten Raumes im U-Boot. In einer Entfernung von etwa 500-600 Metern vom Hospitalschiff schwammen eine Anzahl Menschen, die wahrscheinlich ihre Rettungsboote verloren hatten. Dann erschienen auch Boote und Kähle. Daß ein Boot an der Aufnahme von Schiffbrüchigen verhindert worden ist, hat der Zeuge nicht beobachtet. Der Kommandant des U-Bootes hatte angenommen, daß sich auf dem Hospitalschiff amerikanische Fliegeroffiziere befanden hätten. Der an Bord des U-Bootes genommene Kommandant der „Mandover Castle“ versicherte aber, daß sich an Bord des Schiffes nichts Unerlaubtes befunden habe. Zwei oder drei Rettungsboote wurden untersucht, wobei wesentlich das erste Boot noch einmal angerufen wurde. Als von dem U-Boot Schüsse fielen, warde dem Zeugen gesagt,

## die Leute sollten unten bleiben.

Der Zeuge befand sich während der ganzen Schießerei im unteren Schiffsraum. Auf Veranlassung des Kommandanten sollte über die Verletzung nicht gesprochen werden. Kapitänleutnant Pagig habe erklärt, er nehme die Sache auf sein Gewissen. Aus der Explosion auf der „Mandover Castle“ könne nicht geschlossen werden, daß Munition auf dem Schiff war, denn die Explosion könne auch vom Blaken des Kessels herrühren. Von dem angebliden Losfahren des U-Bootes auf die Rettungsboote hat der Zeuge nichts gesehen, da er sich ja im unteren Schiffsraum aufhielt. Der Zeuge hat es für möglich gehalten, daß vom U-Boot aus auf die Rettungsboote geschossen worden ist,

weil sonst niemand in der Nähe war, auf den hätte geschossen werden können.

Sachverständiger, Korvettenkapitän Saalwächter bemerkt u. a., daß das Schießen in der Regel von dem ersten Nachoffizier zu leiten sei. Diese Aufgabe habe im vorliegenden Falle Angeklagter Dithmar gehabt.

Oberleutnant zur See a. D. Gähler bekennt, daß Goldt im Dienst Vorgesetztes geleitet und sich bei Vorgesetzten und Kameraden einen guten Ruf erworben habe.

Obermaschinistenmaat Key Swinemünde war zweiter Maschinist auf U 86. Er schildert die Ereignisse am 27. Juni, wie er sie im Maschinenraum erfahren hat.

Er hatte von der Explosion auf dem Hospitalschiff den Eindruck, daß sie von Munition herrührte. Später kam er auf Deck und sah im Wasser schwimmende Leute, die aber wegen Raummangels auf dem U-Boot nicht gerettet werden konnten. Der Zeuge hat sich dann schlafen gelegt, ist aber durch Geschüßfeuer geweckt worden. Früher hat der Zeuge ausgesagt,

## die Rettungsboote seien durch Geschüßfeuer vernichtet

worden. Heute erinnert er sich nicht mehr daran. Dem Zeugen werden seine früheren Aussagen vorgehalten. Er hat damals unter anderem gesagt, in der vorhergehenden Nacht sei ein Hospitalschiff und beanstandet geblieben, nachträglich habe man aber gehört, daß Flieger auf dem Schiff gewesen seien. Key hat damals ferner bezeugt, der Kommandant sei mit den Offizieren allein auf Deck geblieben, und es sei dann das Geschüßfeuer eröffnet worden. Heute gibt der Zeuge noch an, die Offiziere hätten sich nur ausnahmsweise an der Bedienung der Geschütze beteiligt. Der Zeuge erzählt weiter, daß der Kommandant am andern Morgen erklärt habe, was er getan habe, habe er nur

## zum Wohle des Vaterlandes

getan und werde es vor Gott und seinem Gewissen verantworten. Kapitänleutnant Pagig habe dann gebeten, über den Vorfall nichts zu sagen. Als einige Zeit später das U-Boot auf eine Mine geraten sei, war davon die Rede, daß dies die Strafe Gottes für die Verletzung der „Mandover Castle“ und die Be-

schädigung der Rettungsboote sei. Der Zeuge hält es für auffällig, daß während des Schießens der Kommandant

## mit den beiden Angeklagten allein auf Deck

war. Nach Angabe Keys ist damals später noch der Geschüßführer Meißner heraufgeholt worden, da einer der Offiziere sich an der Hand verletzt haben sollte.

Obermaschinistenmaat Brod Swinemünde gehörte ebenfalls zur Besatzung des U-Bootes 86. Er ist derjenige, der auf Befehl des Kommandanten Pagig den Torpedo auf die „Mandover Castle“ abgefeuert hat. Brod befand sich im Bugraum und hat das spätere Geschüßfeuer nicht gehört.

Oberleutnant zur See Knoche, der leitender Ingenieur auf U 86 war, gibt an, das Lazarettschiff sei torpediert worden weil

## mit Sicherheit annahm

und sich dahin äußerte, daß das Schiff Munition und Truppen an Bord hätte. Die Explosion auf der „Mandover Castle“ hat der Zeuge für eine Keilexplosion gehalten. Da es dunkel war, konnte der Zeuge nicht sehen, ob mehr als drei Rettungsboote in der Nähe waren. Er ist überzeugt, daß U 86 Kommandanten gegen die Rettungsboote nicht unternommen hat. Er hat angenommen, daß die abgegebenen Schüsse auf die Rettungsboote gerichtet wären, weil diese vielleicht sich widerspenstig gezeigt hätten. Als sich die Mannschaft unter Deck begeben hatte, hat der Zeuge den Geschüßführer Meißner nicht an seinem Posten bemerkt, so daß er angenommen habe, Meißner sei an Deck geblieben. Daß am andern Tage auf dem U-Boot eine gedrückte Stimmung herrsche, gibt der Zeuge zu. Er hat damals zum Kommandanten Pagig gesagt, er würde das Schiff nicht torpediert haben, Pagig habe darauf erwidert, er würde das auch nicht zum zweiten Male tun.

Zeuge Max Koch aus See bei Niesky befand sich auf dem U-Boot im Maschinenraum. Er hat von der Torpedierung und von dem Geschüßfeuer nichts gesehen und nichts gehört, weil das Geräusch der Motoren so laut war.

Korvettenkapitän Saalwächter äußert sich hierauf gutachtlich über die Kommandoführung an Bord der U-Boote. Durch Befehle habe man erfahren, daß sie auf Lazarettschiffen transportiert worden waren, die Munition mitgeführt hatten. Es war deshalb allgemein mit der Annahme zu rechnen, daß mit den Lazarettschiffen Mißbrauch getrieben würde. Gerade im Jahre 1918 waren die Nachrichten über mißbräuchliche Benutzung der Lazarettschiffe besonders zahlreich. Daher wurden unter Umständen solche Schiffe verlenkt. Ob bei den verschiedenen Verlenkungen von Lazarettschiffen ein Mißbrauch derselben vorlag, ließ sich meist nicht feststellen, weil die Schiffe schnell untergingen. Jeder U-Boot-Führer hätte im Einzelfalle zu prüfen, wie er zu handeln habe. Daß die „Mandover Castle“ ihre Eigenschaften als Lazarettschiff mißbraucht habe, könne aus der bisherigen Beweisaufnahme nicht festgestellt werden. Die Kommandanten wurden sehr stark angefaßt, wenn sie die entsprechenden Vorschriften der Regierung nicht genau befolgten. Kapitänleutnant Pagig wußte offenbar, daß die Verlenkung der „Mandover Castle“ nicht gerechtfertigt war. Er dachte wenig daran, bestraft zu werden, weil ein U-Boot-Kommandant immer damit rechnete, daß er vielleicht die letzte Fahrt macht. Pagig konnte aber fürchten, daß durch die ungerechtfertigte Verlenkung der Regierung Unannehmlichkeiten entstehen. Daher hat er wohl den Bunch gehabt, daß über die Sache nichts bekannt würde. Ueber erfolgte Verlenkungen wurden nach Rückkehr der U-Boote Erhebungen angestellt. Wenn Pagig die Verlenkung geheimhalten wollte, so mußte er nicht nur das Schiffsstagebuch, sondern auch die Wegkarte fälschen. Daß von U 86 geschossen worden ist, und zwar mit dem Artilleriegeschütz 18 cm, ist zweifellos. Eine Größenschätzung in dunkler Nacht ist fast unmöglich, so daß z. B. eine dahingehende Verurteilung auf U-Boot-Jäger oder -Zerstörer gehalten wird. Es ist nicht unmöglich, daß die Schüsse abgegeben wurden, weil man ein feindliches Fahrzeug vor sich zu haben glaubte. Auf eine Frage des Oberreichsanwalts erklärt der Sachverständige, der Kommandant des U 86 habe kaum damit rechnen können, daß er alle Zeugen der Verlenkung durch die Beschießung der Rettungsboote beseitigen könne, da er mit einer großen Zahl von Rettungsbooten rechnen mußte und die Dunkelheit ihn verhinderte, alle zu erreichen. Die Tagebücher waren zwar geheim, wurden aber vervielfältigt, um die gemachten Erfahrungen den anderen U-Boot-Kommandanten mitzuteilen. Damit entstand die Gefahr, daß eine Abschrift bekannt wurde und Unannehmlichkeiten entstanden.

Auf eine weitere Frage äußert sich Korvettenkapitän Saalwächter dahin, daß unter Umständen der Geschüßführer vollständig selbständig handle. Ein Mann könne in drei Minuten allein fünf bis sechs Schüsse abgeben. Im übrigen sei es üblich, daß ein Geschüß von drei Mann bedient werde.

Hauptmann Gustav Schmidt in Berlin hat, als er als Gefangener über den Indischen Ozean transportiert wurde, unterwegs ein sehr nahe vorüberkommendes englisches Hospitalschiff gesehen, an dessen Bord sich zahlreiche Truppen, aber anscheinend keine Verwundeten befanden.

Die Weiterverhandlung wird auf Donnerstag, vormittag 9 Uhr, vertagt.

# Preussischer Landtag

39. Sitzung, Mittwoch, den 22. Juli

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die zweite Beratung der Novelle zum Kommunal-Abgaben-Gesetz und zum Kreis- und Provinzial-Abgaben-Gesetz. Der Ausschuss empfiehlt zur Annahme eine Entschlieung, in der ein Gesetzentwurf über die Neuordnung des gesamten kommunal-Abgaben-Gesetzes schleunigst gefordert wird, da die vorliegende Novelle auf die dringlichsten Punkte beschränkt. Bei der Neuordnung muß eine wirtschaftliche Gefährdung der Gemeinden und Steuerzahler tunlichst vermieden werden; die Gemeinden sind bei Neuordnung der Kreissteuern an deren Erträgnissen nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu beteiligen.

Abg. Müller-Hamel (Soz.): Wir haben uns im Gemeinde-Ausschuss redlich bemüht, aus dem vorliegenden Gesetzentwurf etwas Vollständiges zu schaffen. Leider ist uns das nicht so gelungen, wie wir es gewünscht hätten; gegen uns war der Widerstand der Mehrheit des Ausschusses. Es war uns vor allem nicht möglich solche wesentlichen Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen, die dem Finanzelend der Gemeinden gefeuert hätten. Das vorliegende Gesetz bringt den Gemeinden nur wenig und dieses wenig wird noch durch die Anträge der Rechtsparteien geschmälert. Wir haben uns entschlossen, um des wenigen Guten willen, was in dem Gesetz enthalten ist, ihm zuzustimmen.

Abg. Hoffmann-Müller (Dn.): Den Gemeinden muß geholfen werden, man darf ihnen aber nicht Rechte geben, mit denen sie um mindestens einem Teil ihrer Mitbürger Schäden zufügen können.

Abg. Sprenger (Zentr.): Wenn der Vorstand der Finanzelend der Gemeinden der übertriebenen Bewilligungsfähigkeit der jetzigen Mehrheiten der Stadtparlamenten zuschreibt, so ist das falsch. Der Grund für die jetzige Finanzmiserie wurde schon vor dem Kriege gelegt; zumal in den rheinisch-westfälischen Gemeinden, wo die Großindustrie den überragenden Einfluss hatte, sah man vor jeder stärkeren steuerlichen Erlassung des Volkes zurück.

Abg. Freund (U. Soz.): Das Gesetz ist so überreicht gemacht worden, daß nichts Fruchtbringendes dabei herauskommen konnte. Die Sozialisten in den Kommunen sind bestrebt, den finanziellen Nöten abzuhelfen, indem sie dort Steuern herausheben, wo wirklich etwas zu holen ist, um die schwachen Schultern nicht noch mehr zu belasten. Der Gesetzentwurf beweist, daß die Bürgerlichen den Sozialisten diese Möglichkeit nehmen wollen. Dadurch ist uns das wesentlichste Interesse an dem Entwurf genommen.

Abg. Adip-Weisenfels (Komm.): Wir werden nur die Entschlieung des Ausschusses annehmen. Den Gemeinden sollte man die selbständige Entscheidung über die Berechtigung oder Nichtberechtigung zur Erhebung außergewöhnlicher Zuschläge überlassen. Das vorliegende Gesetz dient nur den Interessen der wohlhabenden Klasse.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen erfolgt die Abstimmung. Die §§ 1-8 der Vorlage werden in der Ausschussfassung angenommen. Beim § 9a, der vom Bau von Kleinwohnungen und von Arbeiterwohnungen handelt, erklärt der deutshannoversche Abgeordnete Regenborn, seine Freunde hätten Bedenken gegen den Paragraphen, da er die Arbeitgeber zu stark belastet. Der § 9a wird in der Ausschussfassung mit der Aenderung angenommen, daß zu den Baubeiträgen jene Arbeitgeber herangezogen werden, die mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Der sozialdemokratische Antrag, schon die Arbeitgeber mit 10 Arbeitnehmern heranzuziehen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Zentrumsantrag der verlangt, daß Arbeitgeber, die bereits selbst zum Bau von Wohnungen für ihre Arbeitnehmer aus eigenen Mitteln in angemessenem Verhältnis zur Zahl ihrer Arbeitnehmer beigetragen haben, von diesen Beiträgen befreit werden sollen. Dieser Zentrumsantrag wurde durch einen angenommenen sozialdemokratischen Antrag dahin formuliert, daß es sich hier um den Wohnungsbau „nach Friedensschluß“ handelt.

Bei der Abstimmung über den § 16a werden die deutshannoverschen und sämtlichen anderen Änderungsanträge abgelehnt. Das Gesetz wird in der Ausschussfassung angenommen. Unveränderte Annahme findet auch das Gesetz über Änderungen des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906.

Präsident Reinert: Wenn kein Widerspruch sich erhebt, können wir die dritte Beratung vornehmen.

Abg. Graef (Dn.) widerspricht. — Die dritte Beratung wird auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Notetats. Abg. Dr. Meyer (Komm.) beantragt Vertagung. Der Antrag wird abgelehnt. — Nachdem Abg. Greve (Zentr.) über die Arbeiten des Ausschusses berichtet hat, vertagt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr: Kommunalaufgabengesetz, Notetat, Anstaltungsvorlage, Kleine Vorlagen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Verantwortlich für Inhalt u. Druck: Leo Feilich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Verlags- und Geschäftsstellen: Herbert Geier, Magdeburger-Str. 11; für den Zentralteil u. geschäftliche Mitteilungen: E. G. H. Katala, Berlin-M. — Verlagsanstalt „Feilich“, s. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

# Zum Saison-Ausverkauf

# Bata

# Tack

**20%**  
auf  
Luzul-  
Parasol-  
Ruffstoffen.

**30%**  
auf  
zurück-  
gegebene  
Aufbewahrung.

**10%**  
auf  
alle  
Wäsche  
und  
Bettzeug.

**Louise Tack & Cie AG**  
Burg  
b. Magdeburg

SW, Friedrichs' 240 41  
W, Potsdamer Str. 51  
W, Schillerstr. 11  
NW, Neusselstr. 5  
NW, Turmstr. 41

NW, Wilsnacker Str. 22  
1, Brunnenstr. 37  
2, Danziger Str. 86 1  
1, Friedrichstr. 130  
N, Köllnerstr. 3

O, Andreasstr. 30  
O, Fraukfurter Allee 22  
SO, Oranienstr. 22  
SO, Wrangelstr. 49  
C, Spittelmarkt 15

C, Rosenthaler Str. 14  
Neukölln, Bergstr. 30 31  
Charlottenburg, Wilmers-  
dorfer Str. 127/13, Potsdam,  
Brandenburger Str. 56

# Stillier

## S A I S O N

# Ausverkauf

Wir haben die Verkaufspreise unserer als gut bekannten Qualitäts-Schuhwaren in grosszügigster Weise ohne Rücksicht auf den früheren Wert ganz gewaltig herabgesetzt. Wir bieten mit unseren Angeboten eine in diesem Jahre nicht mehr wiederkehrende, überaus günstige Einkaufsgelegenheit, da Schuhwaren durch die neuerdings steigenden Lederpreise wieder erheblich teurer werden.



**Damen-Schnürstiefel**  
rot, braun, oder blau, mit  
Klettverschluss, in 2 oder  
3 Farben, extra billig  
98<sup>00</sup>

**Damen-Leinenschuhe**  
weiss, mit Spange, mit leichten  
Belederungen, extra billig  
42<sup>00</sup>

**Damen-Leinenschuhe**  
weiss, zum Schützen, mit Leder-  
sohlen und Klettverschluss  
extra billig  
48<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
Samt und Alpaka, Spange und  
Pumps, in 2 oder 3 Farben,  
extra billig  
58<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
schwarz, in 2 oder 3 Farben,  
zum Schützen, mit Spange,  
besonders preiswert... Durchweg  
88<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
schwarz, braun, oder blau,  
mit Spange, in 2 oder 3 Farben,  
mit Klettverschluss, extra billig  
98<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
zum Schützen, braun oder  
schwarz, in 2 oder 3 Farben,  
mit Spange, extra billig  
158<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
zum Schützen, braun oder  
schwarz, mit Spange, extra  
billig, empfehlenswert, extra billig  
168<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
zum Schützen, braun oder  
schwarz, mit Spange, extra  
billig, empfehlenswert, extra billig  
168<sup>00</sup>

**Damen-Lad-Pumps**  
eleganter Strassenschuh, in  
2 oder 3 Farben, in hohen Absätzen,  
extra billig, extra billig  
168<sup>00</sup>

**Damen-Lad-Oxford**  
modern, schwarz, braun,  
oder blau, extra billig, extra billig  
168<sup>00</sup>

**Herren-Schnürstiefel**  
schwarz, rot, braun, oder  
blau, in 2 oder 3 Farben,  
mit Klettverschluss, extra  
billig, extra billig  
148<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
rot, braun, oder blau, mit  
Klettverschluss, in 2 oder  
3 Farben, extra billig  
118<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
zum Schützen, mit Spange,  
in 2 oder 3 Farben, extra  
billig  
98<sup>00</sup>

**Damen-Schnürstiefel**  
rot, braun, oder blau, mit  
Klettverschluss, in 2 oder  
3 Farben, extra billig  
98<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
zum Schützen, mit Spange,  
in 2 oder 3 Farben, extra  
billig  
128<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
zum Schützen, braun oder  
schwarz, mit Spange, extra  
billig  
128<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
schwarz, braun, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
128<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
schwarz, braun, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
128<sup>00</sup>

**Braune Damen-Pumps**  
schwarz, braun, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
128<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
schwarz, braun, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
128<sup>00</sup>

**Braune Damen-Pumps**  
schwarz, braun, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
168<sup>00</sup>

**Damen-Spangenschuh**  
braun oder schwarz, mit  
Spange, extra billig  
168<sup>00</sup>

**Damen-Lad-Schuhe**  
zum Schützen, schwarz oder  
braun, extra billig  
168<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
zum Schützen, braun oder  
schwarz, extra billig  
188<sup>00</sup>

**Damen-Lad-Schuhe**  
zum Schützen, mit Spange,  
in 2 oder 3 Farben, extra  
billig  
188<sup>00</sup>

**Herren-Halbschuhe**  
braun, schwarz, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
178<sup>00</sup>

**Damen-Schnürstiefel**  
in rot, braun, oder blau,  
mit Klettverschluss, in 2  
oder 3 Farben, extra billig  
128<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
Damas, modisch, in 2 oder  
3 Farben, extra billig  
128<sup>00</sup>

**Damen-Schnürstiefel**  
rot, braun, oder blau, mit  
Klettverschluss, in 2 oder  
3 Farben, extra billig  
128<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
zum Schützen, braun oder  
schwarz, extra billig  
148<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
zum Schützen, braun oder  
schwarz, extra billig  
148<sup>00</sup>

**Braune Damen-Pumps**  
schwarz, braun, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
148<sup>00</sup>

**Damen-Schnürstiefel**  
braun oder schwarz, mit  
Spange, extra billig  
188<sup>00</sup>

**Herren-Schnürstiefel**  
schwarz, braun, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
98<sup>00</sup>

**Herren-Schnürstiefel**  
verschiedene Oberlederarten,  
gute Fabrikate, extra billig  
128<sup>00</sup>

**Herren-Schnürstiefel**  
verschiedene Oberlederarten,  
gute Fabrikate, extra billig  
148<sup>00</sup>

**Herren-Schnürstiefel**  
rot, braun, oder blau, mit  
Spange, extra billig  
188<sup>00</sup>

**Herren-Schnürstiefel**  
braun, schwarz, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
188<sup>00</sup>

**Herren-Schnürstiefel**  
braun, schwarz, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
188<sup>00</sup>

**Herren-Schnürstiefel**  
braun, schwarz, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
188<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
rot, braun, oder blau, mit  
Klettverschluss, in 2 oder  
3 Farben, extra billig  
148<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
mit Spange, in 2 oder 3  
Farben, extra billig  
148<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
Stein-Strassenschuh, hochleg.,  
braun oder schwarz, extra  
billig  
148<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**  
schwarz, rot, braun, oder  
blau, mit Spange, extra  
billig  
148<sup>00</sup>

**Damen-Lad-Schuhe**  
zum Schützen, mit Spange,  
in 2 oder 3 Farben, extra  
billig  
148<sup>00</sup>

**Damen-Schnürstiefel**  
mit Klettverschluss, extra  
billig  
148<sup>00</sup>

**Herren-Ladstiefel**  
mit Klettverschluss, extra  
billig  
188<sup>00</sup>

**Herren-Schnürstiefel**  
braun, schwarz, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
228<sup>00</sup>

**Herren-Halbschuhe**  
braun, schwarz, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
228<sup>00</sup>

**Herren-Halbschuhe**  
braun, schwarz, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
248<sup>00</sup>

**Herren-Schnürstiefel**  
braun, schwarz, oder blau,  
mit Spange, extra billig  
258<sup>00</sup>

**Herren-Lad-Schuhe**  
zum Schützen, extra  
billig  
198<sup>00</sup>

BEACHTEN SIE  
UNSERE  
SCHAUFENSTER

Kinderstiefel sind ebenfalls ganz gewaltig herabgesetzt, jedoch ist es uns wegen Raum- mangels nicht möglich, diese Artikel im Inserat besonders zu erwähnen.

# Unglaublich billig